

Peter Eigner /Andreas Resch

## Phasen der Wiener Stadtentwicklung

### Zum Modell der „Phasen der Stadtentwicklung“

Das Modell der „Phasen der Stadtentwicklung“ fokussiert auf Wechselbeziehungen und ökonomische Gewichtsverlagerungen zwischen dem städtischen Kern und der äußeren Stadtregion (Ring).<sup>1</sup>Basierend auf der empirischen Untersuchung einer Vielzahl von Städten werden vier charakteristische Phasen der Stadtentwicklung unterschieden:

Entwicklungsphase	Spezifika
1. Urbanisierung	Stadtwachstum aufgrund von Agglomerationsvorteilen, Industrialisierung
2. Suburbanisierung	Bildung von peripheren Wohnvierteln, räumliche Trennung von Stadtfunktionen
3. Desurbanisierung	Stress im städtischen System durch zunehmende Verkehrsbelastungen, Kostenprobleme durch Agglomerationsnachteile, ...
4. urban decline oder Reurbanisierung	Entweder Zusammenbruch der städt. Strukturen oder erneuter Aufschwung durch städtische Reformen und/oder externe Impulse

### Die „Phasen der Stadtentwicklung“ in Wien

Für Wien lassen sich anhand der stadträumlich differenzierten Darstellung der Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung sowie der Stadtplanung und der Entwicklung der sozialen und technischen Infrastruktur die Phasen der Stadtentwicklung anschaulich nachvollziehen.<sup>2</sup> Die Übergänge zur jeweils nächsten Phase verliefen natürlich fließend, so dass die angegebenen Periodisierungen nur ungefähre Richtwerte bilden können.

Nachdem in Wien in der Gründerzeit ein erheblicher Bevölkerungs-, Urbanisierungs- und Industrialisierungsschub aufgetreten war, war die Zwischenkriegszeit von wirtschaftlicher Stagnation und tendenziellem Bevölkerungsrückgang gekennzeichnet, und die NS-Herrschaft brachte mit der Vernichtung der Wiener Juden und den personellen wie materiellen Kriegsverlusten einen schweren Rückschlag. Nach den unmittelbaren Trümmerjahren setzte in den fünfziger Jahren vorerst wieder ein Urbanisierungsprozess ein, dem in den sechziger Jahren eine Phase der Suburbanisierung folgte. Die siebziger Jahre wiesen deutliche Merkmale einer Desurbanisierung auf, während seit den achtziger Jahren wieder Ansätze zu einer

<sup>1</sup> Einen Überblick über „Räumliche Basiskonzepte“ der Stadtgeografie gibt: Elisabeth Lichtenberger, Stadtgeografie. Band 1, Begriffe, Konzepte, Modelle, Prozesse, 3., neubearbeitete und erweiterte Auflage, Stuttgart, Leipzig 1998, 102 ff.

<sup>2</sup> Vgl.: Peter Mayerhofer/Gerhard Palme, Wirtschaftsstandort Wien: Positionierung im europäischen Städtenetz (Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Bank Austria AG), Wien 1996, 32 f.

Reurbanisierung erkennbar sind. Die Wiener Wohn- und Arbeitsbevölkerung entwickelte sich während dieser Phasen wie folgt:

Wohn- und Arbeitsbevölkerung in Wien nach den Volkszählungen 1951 bis 1991\*

Jahr	Wohnbevölkerung (Hauptwohnsitz)				Arbeitsbevölkerung**			
	Wien	Innere Stadt (I)	Innenbezirke (II bis IX + XX)	Außenbezirke (X bis XIX + XXI bis XXIII)	Wien	Innere Stadt (I)	Innenbezirke (II bis IX + XX)	Außenbezirke (X bis XIX + XXI bis XXIII)
1951	1.616.125	34.654 (2,1 %)	629.361 (38,9 %)	952.110 (58,9 %)	—	—	—	—
1961	1.627.566	32.243 (2,0 %)	602.315 (37,0 %)	993.008 (61,0 %)	864.983	148.461 (17,2 %)	338.584 (39,1 %)	377.938 (43,7 %)
1971	1.619.885	25.169 (1,6 %)	541.575 (33,4 %)	1.053.141 (65,0 %)	786.209	126.879 (16,1 %)	300.012 (38,2 %)	359.318 (45,7 %)
1981	1.531.346	19.537 (1,3 %)	468.222 (30,6 %)	1.043.587 (68,1 %)	816.053	121.368 (14,9 %)	293.317 (35,9 %)	401.368 (49,2 %)
1991**	1.539.848	18.002 (1,2 %)	457.809 (29,7 %)	1.064.037 (69,1 %)	842.412	112.770 (13,4 %)	295.997 (35,1 %)	433.645 (51,5 %)

\*) Die Daten der Volkszählung 2001 standen bei Redaktionsschluss noch nicht zur Verfügung.

\*\* Arbeitsbevölkerung = im Bezirk wohnhafte Beschäftigte minus Auspendler plus Einpendler

Quelle: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, div. Jgge.

## Die Wiener Wohnbevölkerung nach Bezirken in den Jahren 1951 und 1991

Bezirk	1951	1991	Bezirk	1951	1991
1	34.654	18.002	13	46.995	54.909
2	106.809	93.542	14	83.379	80.822
3	118.177	84.500	15	106.127	69.309
4	45.132	31.410	16	117.962	88.931
5	71.627	51.521	17	69.423	50.944
6	46.372	30.298	18	70.153	49.761
7	53.183	30.396	19	57.727	67.377
8	40.475	23.850	20	72.855	71.876
9	74.731	40.416	21	68.082	119.415
10	115.324	147.636	22	53.220	106.589
11	43.088	66.881	23	36.947	81.871
12	83.743	79.592			

Quelle: ÖSTAT, nach: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien, div. Jgge.

Ehe auf die einzelnen Kennzahlen im Rahmen der jeweiligen Entwicklungsphasen weiter eingegangen wird, seien einige längerfristige Tendenzen überblicksweise hervorgehoben: Die gesamte Wohnbevölkerung Wiens ging von 1951 bis 1991 um 4,7 Prozent zurück. Dieser Schrumpfungsprozess verlief jedoch nicht gleichförmig, sondern einem geringfügigen Wachstum in den Fünfzigern folgten ein leichter Rückgang in den sechziger und ein beschleunigter Rückgang in den siebziger Jahren. 1981 lag die Bevölkerungszahl um 5,2 Prozent unter dem Wert von 1951, und sie war um ein Fünftel niedriger als 1923. In den

achtziger Jahren setzte allmählich wieder ein langsames Bevölkerungswachstum ein. Hinter diesen allgemeinen Tendenzen verstecken sich - dem Modell der Stadtentwicklungsphasen entsprechend - höchst unterschiedliche Teilentwicklungen innerhalb Wiens.

Dies sei anhand der in der Tabelle unterschiedenen Stadtzonen illustriert. Die Innere Stadt verlor in den sechziger und siebziger Jahren am raschesten an Bevölkerung(santeilen), die Innenbezirke büßten in den siebziger Jahren die meisten Bewohner und Bewohnerinnen ein, und die Außenbezirke wuchsen in den Sechzigern am rasantesten.

Die Veränderungen hinsichtlich der Arbeitsbevölkerung können als ein Indikator für die stadträumliche Entwicklung der Wirtschaft herangezogen werden. Die Kennzahlen in der Tabelle geben deutlich das Grundmuster wieder, demzufolge Regionen außerhalb des Stadtzentrums erheblich an relativer Bedeutung im Vergleich zu den zentralen Bezirken gewannen. Die Innere Stadt konnte jedoch einen hohen Stellenwert als Wirtschaftsstandort wahren. Die Anzahl der im Bezirk Beschäftigten ging zwar von mehr als 148.000 (1961) auf etwa 113.000 (1991) zurück, die relative Abnahme fiel somit jedoch wesentlich geringer aus als bei der Wohnbevölkerung. In den Innenbezirken nahm die Arbeitsbevölkerung von rund 339.000 auf 296.000 ab, während sie in den Außenbezirken von 378.000 auf 434.000 anwuchs. Somit erhöhte sich der Anteil der Arbeitsbevölkerung in den Außenbezirken an der Grundgesamtheit von 43,7 auf 51,5 Prozent.

## ***Die Urbanisierung in Wien in den fünfziger Jahren***

Gemäß den modellhaften Stadtentwicklungsphasen kann man in Wien die fünfziger Jahre als Urbanisierungsperiode kategorisieren. Nach den markanten Bevölkerungsverlusten im Zeitraum 1934 bis 1951 trat die *Urbanisierung* Wiens in den fünfziger Jahren unter anderem in einem, wenngleich geringfügigen Wachstum der Wohnbevölkerung zutage. Die Einwohnerzahl erhöhte sich von 1,616 Millionen (1951) um 0,7 Prozent auf 1,628 Millionen im Jahr 1961. Der Negativsaldo der Geburtenbilanz (-103.581) wurde durch die Zuwanderung, die in ihrem Ausmaß durchaus an die Gründerzeit herankam, mehr als egalisiert – es wanderten per saldo 115.022 Menschen zu, wobei die Inlandsmigration bei weitem überwog.<sup>3</sup> Innerhalb der Stadtregionen war eine gleichmäßigere Bevölkerungsentwicklung als in den folgenden Perioden zu verzeichnen. Die City verlor zwischen 1951 und 1961 7 Prozent ihrer Wohnbevölkerung, die inneren Bezirke (II bis IX und XX) büßten 4,3 Prozent ein, während die äußeren Bezirke (X bis XIX und XXI bis XXIII) einen Einwohnerzuwachs von 4,3 Prozent aufwiesen.

Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt war bis zum Abschluss des Staatsvertrages vom Jahr 1955 durch die unsicheren Zukunftserwartungen wegen der sowjetischen Besatzung erheblich beeinträchtigt. Ab der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wirkten sich die Agglomerationsvorteile der Großstadt hingegen wieder unbeeinträchtigt auf das Wachstum aus, und die Investitionstätigkeit nahm zu. Bereits im Zuge des Wiederaufbaus hatte die Entwicklung der Hinterhofindustrie der inneren Bezirke neue Impulse erhalten, die nun in eine weitere Expansion überging. Viele Betriebe bezogen jetzt die Straßentrakte als Verwaltungs- oder Verkaufsräume in ihr Unternehmensgeschehen ein. In den fünfziger Jahren begann man bereits, flächenintensivere Betriebe in die Außenbezirke zu verlagern. Zwar wurde der gesamte Stadtbereich von einem Aufschwung des sekundären Sektors gekennzeichnet, die Vermehrung der größeren

---

<sup>3</sup> Hellmut Ritter, Die Bevölkerung Wiens, in: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien, 3/1993, 6; Franz Satzinger/Helga Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, in: Statistische Mitteilungen der Stadt Wien, 3/1995, 31.

industriellen Produktionsstätten machte sich aber vor allem an den Stadträndern bemerkbar. Eine regelrechte Industrie Gründungswelle setzte im Wiener Becken, knapp südlich von Wien ein.<sup>4</sup> Etwas als Nachzügler entwickelte sich das traditionelle Wiener Industriezentrum Floridsdorf, das sowjetisches Besatzungsgebiet gewesen war. Hier begann man erst gegen Ende der fünfziger Jahre die Schäden der Kriegs- und Besatzungszeit zu überwinden.<sup>5</sup>

Die Stadt wies im Jahr 1961 eine Arbeitsbevölkerung von 864.983 Personen auf. Davon entfielen auf die Innere Stadt 17,2 Prozent, auf die inneren Bezirke 39,1 Prozent und auf die äußeren Bezirke 43,7 Prozent.<sup>6</sup>

Detailliertere Informationen zur stadträumlichen Verteilung einzelner Sektoren bzw. Betriebsklassen geben die Betriebsaufnahmen. Bei der offensichtlich etwas unvollständigen Betriebsaufnahme im Jahr 1959<sup>7</sup> wurden 662.744<sup>8</sup> unselbständig Beschäftigte in 87.837 nichtlandwirtschaftlichen Betrieben gezählt. Davon entfielen 288.949 auf das verarbeitende Gewerbe und die Industrie<sup>9</sup>, 112.455 auf Handel, Vermittlung und Werbewesen, 101.264 auf die Betriebsklassen öffentlicher Dienst, Gesundheits- und Fürsorgewesen, Unterricht, Bildung, Kunst, Unterhaltung, Körperpflege und Reinigungswesen. Im Bauwesen zählte man 58.425 und in den Betriebsklassen Geldwesen, Privatversicherung, Rechts- und Wirtschaftsberatung 36.472 unselbständig Beschäftigte. In der City wurden 1959 noch 25.071 unselbständig Beschäftigte des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie in 1.708 Betriebsstätten gezählt. In den traditionsreichen Gewerbevorstädten Margareten, Mariahilf und Neubau schienen 49.428 unselbständig Beschäftigte in 5.030 sachgütererzeugenden Betrieben auf. Auch die Gewerbevororte Rudolfheim-Fünfhaus, Ottakring und Hernals wiesen mit 40.032 unselbständig Beschäftigten in 5.627 Betrieben noch einen deutlichen Schwerpunkt in der Sachgüterproduktion auf. In den späteren Stadterweiterungsbezirken Wiens, Floridsdorf, Donaustadt und Liesing, zählte man 1959 zusammen erst 26.879 Personen, die in 1.498 Betriebsstätten des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie unselbständig beschäftigt waren. Die tertiären Betriebsklassen Handel, öffentlicher Dienst, Geldwesen, Privatversicherung und Rechts- und Wirtschaftsberatung waren noch in hohem Ausmaß in der Inneren Stadt konzentriert. Von den 191.559 gezählten unselbständig Beschäftigten arbeiteten allein 68.115 (35,6 Prozent) in der Inneren Stadt.<sup>10</sup>

---

<sup>4</sup> Zum Beispiel entstanden im Zusammenhang mit dem während des Zweiten Weltkriegs gegründeten Ölhafen Lobau zwischen 1958 und 1961 in Schwechat eine Raffinerie und ein petrochemischer Großbetrieb. Bobek/Lichtenberger, Wien, 197.

<sup>5</sup> Hans Bobek/Elisabeth Lichtenberger, Wien. Bauliche Gestalt und Entwicklung seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, Graz, Köln 1972, 166f und 196ff.

<sup>6</sup> Volkszählung 1961: Beschäftigte am Arbeitsort.

<sup>7</sup> Die Personenstands- und Betriebsaufnahme am 10. Oktober 1959 (Mitteilungen aus Statistik und Verwaltung der Stadt Wien, Jg. 1960, Sonderheft Nr. 2), Wien 1960.

<sup>8</sup> Laut dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger arbeiteten 1959 in Wien 744.567 unselbständig Beschäftigte. Pokay/Weigl, Der Wiener Arbeitsmarkt 1945-1995, 4.

<sup>9</sup> Darunter seien hier die Betriebsklassen 4 Stein-, Erdengewinnung und -bearbeitung, Glasproduktion, 6 Eisen- und Metallgewinnung und -bearbeitung, 7 Holzbearbeitung, 8 Ledererzeugung und -bearbeitung, 9 Textilbetriebe, 10 Bekleidungsbetriebe, 11 Papiererzeugung und -bearbeitung, 12 Graphische Betriebe, 13 Chemische Produktion und 14 Nahrungs- und Genussmittelbetriebe subsumiert. Die durch die Addition der Werte dieser Betriebsklassen errechneten Zahlen sind nur bedingt mit den Werten für das verarbeitende Gewerbe und die Industrie der späteren Arbeitsstättenzählungen vergleichbar. Zum Beispiel wurden später die Steine- und Erdengewinnung dem Bergbau zugerechnet und nur noch die Verarbeitung der entsprechenden Rohstoffe dem verarbeitenden Gewerbe beziehungsweise der Industrie zugezählt. Die Stein- und Erdengewinnung war in Wien jedoch relativ bedeutungslos, so dass diese Unschärfe das Ergebnis kaum beeinflusst.

<sup>10</sup> Vgl.: Personenstands- und Betriebsaufnahme 1959, 49f.

Von Seiten der Stadtplanung erfolgte in den Jahren 1948 bis 1951 eine Bestandsaufnahme zur Erstellung eines neuen Flächenwidmungsplans für Wien, der 1952 als „8-Punkte-Programm des sozialen Städtebaus“ genehmigt wurde. Als städtebauliche Hoffungsgebiete erachtete man bereits Gründe nördlich der Donau sowie im Süden Wiens am Laaer bzw. Wiener Berg.<sup>11</sup> Damals wurde die Planungsarbeit allerdings dadurch erschwert, dass die endgültige Festlegung der Stadtgrenzen noch nicht feststand, nachdem im Jahr 1938 die Nationalsozialisten umfangreiche Eingemeindungen vorgenommen hatten, die nun wieder zur Disposition standen. Die Stadtgrenzen waren nach 1945 heftig umstritten. Die Gesamtfläche der Stadt Wien hatte sich vor 1938 auf 27.805 Hektar belaufen, durch die Eingemeindung von 98 niederösterreichischen Gemeinden war sie auf 121.541 Hektar vergrößert worden. Schließlich wurde durch die neue Gebietsregelung im Jahr 1954 die von den Nazis vollzogene Erweiterung Wiens wieder weitgehend rückgängig gemacht. Seit 1954 umfasst das Stadtgebiet Wiens eine Fläche von 41.495 Hektar.<sup>12</sup> Somit konnte sich von da an auch die raumordnende Funktion der Stadtplanung wiederum nur auf diesen engeren Bereich beziehen.

Schwerpunkte der Wohnbautätigkeit bildeten damals der Wiederaufbau, also die Beseitigung der Kriegsschäden, und die Nutzung noch freier Baugründe im geschlossenen Stadtkern sowie auch schon erste größere Projekte außerhalb der dicht besiedelten Stadtregion. Markante innerstädtische Projekte waren zum Beispiel das Hochhaus am Matzleinsdorferplatz (1954-57) und die Wohnhausanlage in Zeilenbauweise in der Vorgartenstraße (1959). Das erste Projekt außerhalb des dicht verbauten Stadtgebiets war die Per-Albin-Hansson Siedlung (West) in Wien-Favoriten ab 1947. Bis 1954 konnten 28.000 Wohnungen (das waren rund 3.000 pro Jahr) errichtet werden, in den Jahren 1954 bis 1959 stieg die Wohnbauleistung auf jährlich 6.000 bis 7.000 Einheiten an. Während die Neubautätigkeit nach wie vor größtenteils von der Gemeinde (bis 1950 Verhältnis zwischen der Gemeinde und Privaten etwa 80:20) selbst getragen wurde, erlangten beim Wiederaufbau innerhalb des geschlossenen Stadtgebiets gemeinnützige Genossenschaften, die überwiegend Eigentumswohnungen errichteten, einen großen Stellenwert. Der Bedeutungsgewinn der Genossenschaften und Privaten im Wohnbau wurde durch das Wohnbauförderungsgesetz 1954 unterstrichen. Bis zum Jahr 1960 war die dringendste Wohnraumnot in quantitativer Hinsicht weitgehend behoben. Dabei war die Einwohnerzahl der inneren Bezirke beinahe gleich geblieben, während aus den verdichteten Zonen überbelegter Arbeiterwohnungen in den äußeren Bezirken eine Abwanderung in die peripheren Siedlungsgebiete erfolgte. Auch in den ehemals sowjetischen Besatzungszonen siedelten sich nach 1955 wieder mehr Menschen an. So kam es innerhalb des Stadtgebietes zu einer gewissen Nivellierung der Einwohnerdichte.<sup>13</sup> Die stärksten Wohnungszuwächse in der Periode bis 1960 wiesen Favoriten, Floridsdorf, Meidling und Döbling auf.

Bis zum Ende der fünfziger Jahre fand man mit der Verkehrsinfrastruktur in der Form, wie sie aus der Gründerzeit überkommen war, noch weitgehend das Auslangen. 1949 waren alle Kriegsschäden an den Anlagen der Wiener Verkehrsbetriebe mit Ausnahme der Stadtbahnlinie nach Heiligenstadt behoben. 1950/51 wurde der neue Westbahnhof errichtet, 1953 begannen die Arbeiten am neuen Südbahnhof.<sup>14</sup> Bereits in diesen Jahren forderte der wachsende Autoverkehr seine Opfer, besonders an den Einbindungsstellen der alten Ausfallstraßen in den

---

<sup>11</sup> Peter Eigner/Andreas Weigl unter Mitarbeit von Roland Löffler, Schrumpfung, Stagnation und Wachstum. Wien im 20. Jahrhundert, in: Chronik der Wiener Wirtschaft, 2. überarbeitete Auflage, hg. von der Gesellschaft für Wirtschaftsdokumentationen, Wien o. J., 216.

<sup>12</sup> 80 der 98 niederösterreichischen Gemeinden, die 1938 dem Wiener Gemeindegebiet eingegliedert worden waren, wurden 1954 wieder ausgemeindet.

<sup>13</sup> Bobek/Lichtenberger, Wien, 167f.

<sup>14</sup> Robert Stern (Hg.), Österreich, Land im Aufstieg, Wien 1955, 106, 132, 166 und 232.

inneren und äußeren Ring (Ringstraße bzw. Gürtel). An der Spitze der Unfallstatistik stand die Opernkreuzung mit 80 Unfällen im Jahr 1954. Folgerichtig errichtete man hier die erste Fußgängerunterführung, Rolltreppen hielten Einzug in Wien. Weiters entstanden 1952 bis 1961 die Schottentorpassage mit unterirdischer Straßenbahnschleife, die im Volksmund bald nach dem damaligen Bürgermeister bzw. ihrer Form „Jonas-Reindl“ genannt wurde, und 1961 die Karlsplatzpassage.

Die traditionelle kulturelle Bedeutung der Wiener Innenstadt wurde u. a. durch den Wiederaufbau des Stephansdoms, der Oper und des Burgtheaters sowie einiger Ringstraßenbauten im historischen Stil betont, gleichzeitig entstand aber mit der Wiener Stadthalle ein moderner Veranstaltungsbau für vielfältige Nutzungen aus Kultur und Sport etwas außerhalb des Gürtels im 15. Wiener Gemeindebezirk.

## **Die Suburbanisierung während der sechziger Jahre**

In der Phase der *Suburbanisierung* während der sechziger Jahre blieb die Einwohnerzahl Wiens weiterhin nahezu unverändert. Die Wohnbevölkerung verminderte sich nur geringfügig von 1,628 Millionen Menschen (1961) um 0,5 Prozent auf 1,620 Millionen (1971). Es erfolgte jedoch eine weitreichende Verschiebung der Wohnbevölkerung und auch der Arbeitsstätten innerhalb der Stadt. Die Wohnbevölkerung der Inneren Stadt schrumpfte um 21,9 Prozent auf 25.169 Personen, in den inneren Bezirken (II bis IX und XX) ging sie um 12,7 Prozent auf 541.575 zurück. Die Bevölkerungszahl in den äußeren Bezirken (X bis XIX und XXI bis XXIII) stieg hingegen um 6,2 Prozent auf 1,053.141 an. Obwohl sich die Geburtenrate von etwa sieben Promille in den fünfziger Jahren bis in die sechziger Jahre auf einen Nachkriegshöchststand von etwa 13 Promille erhöhte (man spricht in diesem Zusammenhang vom „Babyboom“), blieb sie deutlich unter der Sterberate von zirka 17 Promille, so dass die vor allem von Wirtschaftskreisen geforderte Zuwanderung weiterhin nur den natürlichen Bevölkerungsabgang einigermaßen ausgleichen konnte. Nach der erheblichen Zuwanderung während der fünfziger Jahre blieb auch in den Sechzigern die Wanderungsbilanz noch positiv – per saldo wanderten von 1961 bis 1971 68.446 Personen zu.<sup>15</sup>

Die Wiener Arbeitsbevölkerung schrumpfte von 1961 bis 1971 um 9,1 Prozent auf 786.209 Beschäftigte.<sup>16</sup> Wesentliche Ursachen für die Verknappung des städtischen Arbeitskräfteangebotes waren die stagnierende Einwohnerzahl und die zunehmende Überalterung der Bevölkerung. Auch die Verlängerung der Schulpflicht (9. Schuljahr) und Veränderungen in der Sozialgesetzgebung (Möglichkeit der Frühpension) trugen zur Verringerung des Arbeitsangebots bei.<sup>17</sup> Der Anteil der erwerbsfähigen Wohnbevölkerung<sup>18</sup> nahm von 1961 bis 1971 von 69,9 auf 63,7 Prozent ab.<sup>19</sup> Bis in die siebziger Jahre wirkte der Arbeitskräftemangel als einschneidendes Hindernis für eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung in Wien. Mit Ausnahme der Rezessionsjahre 1967 und 1968 lag im Zeitraum von 1961 bis 1974 die Anzahl der Arbeitslosen stets unter jener der offenen Stellen.<sup>20</sup> Vorerst konnte auch die

---

<sup>15</sup> Satzinger/Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, 31.

<sup>16</sup> Volkszählung 1961 und 1971: Beschäftigte am Arbeitsort.

<sup>17</sup> Satzinger/Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, 45.

<sup>18</sup> Frauen im Alter zwischen 15 und 60 Jahren und Männer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren.

<sup>19</sup> Die Anzahl der Bewohner und Bewohnerinnen im erwerbsfähigen Alter verminderte sich von 1,137.012 (1961) um 9,6 Prozent auf 1,028.354 (1971). Vgl.: Volkszählungsergebnisse 1961 und 1971; Klaus Schubert, Wien, in: Stadtentwicklung in West- und Osteuropa, hg. von Jürgen Friedrichs Berlin, New York 1985, 493.

<sup>20</sup> Schubert, Wien, 491ff.

zunehmende Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte die Angebotsknappheit nicht egalisieren.

Die räumliche Entwicklung der Wirtschaftsaktivitäten in Wien war von einer verstärkten Randwanderung gekennzeichnet, was sich in einer ungleichmäßigen Abnahme der Arbeitsbevölkerung niederschlug. Sie ging in der Inneren Stadt um 14,5 Prozent auf 126.879 Personen zurück, in den inneren Bezirken (II bis IX und XX) schrumpfte sie um 11,4 Prozent auf 300.012 Beschäftigte, während sie in den äußeren Bezirken (X bis XIX und XXI bis XXIII) nur um 4,9 Prozent auf 359.318 Personen abnahm.<sup>21</sup> Hinter diesen Absolutzahlen steht somit eine relative Verschiebung zwischen den Stadtregionen. Die inneren Bezirke mussten erhebliche Anteile der Arbeitsbevölkerung an die Außenbezirke abgeben. Infolge der gleichzeitigen Veränderungen sowohl der Arbeitsbevölkerung als auch der Wohnbevölkerung und der Abnahme der Gesamtzahl der Beschäftigten nahm die Anzahl der innerstädtischen Arbeitspendler und -pendlerinnen von 505.375 (1961) um 12,7 Prozent auf 441.406 (1971) ab. Die Zahl der Einpendler aus Gemeinden außerhalb Wiens erhöhte sich in diesem Zeitraum jedoch von 80.401 auf 103.345. Auch die Zahl der Auspendler nahm von 22.344 auf 24.590 zu. Ein hoher Anteil der Bezirke rund um Wien wies ebenfalls einen großen Einpendleranteil auf, ein Indiz für die zunehmend intensiver werdenden wirtschaftsräumlichen Verflechtungen zwischen dem Wachstumskern Wien und dem Umland.<sup>22</sup>

In den sechziger Jahren setzte nachhaltig die Tertiärisierung der Wirtschaft ein. In Summe gingen jedoch vorerst im Stadtgebiet im sekundären Sektor mehr Arbeitsplätze verloren als im tertiären neu entstanden. Der Anteil der Erwerbstätigen im sekundären Sektor sank von 51,5 Prozent im Jahr 1961 auf 38,6 Prozent 1971. Auf den Tertiärsektor entfielen hingegen 1961 47,4 Prozent und 1971 bereits 60,6 Prozent der Erwerbstätigen.<sup>23</sup>

Stadträumlich kam diese Entwicklung in einem von der City ausgehenden und sich Mitte der sechziger Jahre beschleunigenden Verdrängungsprozess der zentrumsnahen industriell-gewerblichen Standorte durch konkurrenzfähigere, weil zahlungskräftigere Nutzungen des tertiären Sektors zum Ausdruck. Geänderte Standortbedingungen machten sich weiters in einer Ausdünnung der Konzentration von Unternehmen der Großindustrie entlang der Bahnlinien des 21. und 22. Bezirks bemerkbar. Diese Tendenz überlappte sich mit jener der Entstehung neuer peripherer Industriezonen, die sich in erster Linie nunmehr am Autobahnanschluss (als neuer Standortanforderung) orientierten.

In der Inneren Stadt nahm trotz der weitgehenden Ausrichtung des Bezirks auf den tertiären Sektor die Zahl der Arbeitsplätze am stärksten ab. Bei einer steigenden Mobilität der Betriebsstätten konnte dieser Prozess auch von einer zum Teil intensivierten Neugründungstätigkeit in einigen Branchen nicht aufgehalten werden. Die beschäftigte Wohnbevölkerung schrumpfte von 1961 bis 1971 um mehr als dreißig Prozent<sup>24</sup>, und auch die Zahl der Einpendler nahm um rund 18.000 (-13,2 Prozent) ab. Zu den expansiven Betrieben gehörten Bürozentralen großer Unternehmen, Banken und Versicherungen, Handelsbetriebe, internationale Organisationen, Einrichtungen der öffentlichen Verwaltung und freiberufliche Firmen.<sup>25</sup>

---

<sup>21</sup> Vgl.: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1980, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1980., 25.

<sup>22</sup> Schubert, Wien, 498ff.

<sup>23</sup> Volkszählungen 1961 und 1971 nach: Statistisches Handbuch für die Republik Österreich, hg. von Statistischen Zentralamt, Wien 1965 und 1975.

<sup>24</sup> Die beschäftigte Wohnbevölkerung in der Inneren Stadt bestand im Jahr 1961 aus 16.808 Personen, 1971 hingegen aus nur noch 11.608 Personen. Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1980, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1980, 25.

<sup>25</sup> Schubert, Wien, 491.

Die Zahl der Einpendler aus Gemeinden außerhalb Wiens in die Bezirke II bis IX nahm von 1961 bis 1971 von 27.394 um 28,5 Prozent auf 35.211 zu. Neben der City wiesen vor allem einige der westlich angrenzenden Bezirke (Wieden, Mariahilf, Neubau und Alsergrund) 1971 weiterhin besonders hohe Einpendlerquoten auf (mehr als 800 Einpendler auf 1.000 Arbeitsplätze), obwohl besonders die alten Gewerbe-Vorstädte (Margareten, Mariahilf, Neubau und Josefstadt) von einem Arbeitsstättenschwund betroffen waren.<sup>26</sup> Es fand eine fortschreitende Verdrängung des traditionellen Gewerbes, der Hinterhofindustrien, der Schuster, Tischler, Schneider und Greißler aus dem innerstädtischen Bereich statt.<sup>27</sup> Zum Beispiel erhob man bei der Arbeitsstättenzählung im Jahr 1973<sup>28</sup> in der Inneren Stadt nur noch eine Anzahl von 11.742 unselbständig Beschäftigten in 868 Betrieben des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie<sup>29</sup>; gegenüber 1959 hatten sich die Werte um mehr als die Hälfte verringert (wobei die beiden Zählungen aber nur bedingt vergleichbar sind). In Margareten, Mariahilf und Neubau ging die Zahl in diesen eineinhalb Jahrzehnten um rund zwei Fünftel auf 29.590 unselbständig Beschäftigte in 2.207 Betriebsstätten zurück. In Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Hernals ergaben die beiden Zählungen gar eine Abnahme um etwa drei Fünftel auf 24.971 unselbständig Beschäftigte in der Sachgüterproduktion.

In einigen anderen äußeren Bezirken gewannen neue Standorte für Großbetriebe des sekundären und auch tertiären Sektors an Bedeutung, wie zum Beispiel das Industriegebiet Liesing um die Perfektastraße in Erlaa/Siebenhirten. Traditionelle Sektoren mit herkömmlicher Massenfertigung wie die für Wien lange Zeit so bedeutende Textil- und Bekleidungsindustrie gerieten jedoch bereits generell ins Hintertreffen gegenüber kostengünstigeren Standorten außerhalb Wiens.<sup>30</sup> Die Zahl der unselbständig in der Sachgüterproduktion Beschäftigten erhöhte sich in den jungen und noch nicht so verdichteten Stadtregionen Floridsdorf (Zuwachs um etwa 45 Prozent auf 14.386) und Liesing (Zuwachs um drei Viertel auf 18.077) laut den Arbeitsstättenzählungen 1959 und 1973 bereits kräftig, während sie in Donaustadt in den sechziger Jahren noch weitgehend stagnierte.

Die Konzentration größerer Unternehmen in einigen Gewerberegionen am Stadtrand wurde von der Stadtplanung bewusst forciert. Der Architekt und Stadtplaner Roland Rainer legte ein „Städtebauliches Grundkonzept von Wien“ vor, das 1962 vom Gemeinderat angenommen wurde. Darin war eine Dezentralisierung der Stadt sowie eine Auflockerung des dicht verbauten Stadtgebiets bzw. Verdichtung der zu locker verbauten Stadtregionen vorgesehen. Die Intentionen der Stadtplaner waren weitgehend auf den Stadtrand konzentriert, im innerstädtischen Bereich sollten das Gelände des Nordbahnhofs, die Flächen des alten Allgemeinen Krankenhauses (für den Neubau wurde ein Wettbewerb ausgeschrieben) und des Arsenalts die Funktion städtischer Subzentren erhalten, um damit der Ballung zentraler Einrichtungen und der hohen Wohn- und Arbeitsplatzdichte in der Inneren Stadt entgegenzuwirken.<sup>31</sup> Für Teile der Industrie wurde eine Dezentralisierung gefordert. Es

---

<sup>26</sup> Schubert, Wien, 505.

<sup>27</sup> Vgl. dazu das Beispiel Gumpendorf; Hans Hovorka/Leopold Redl, Ein Stadtviertel verändert sich, Wien 1987.

<sup>28</sup> Die Arbeitsstättenzählung vom 10. Oktober 1973 in Wien, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1978.

<sup>29</sup> Wirtschaftsabteilungen 3/4/5 gemäß der Betriebssystematik von 1968.

<sup>30</sup> Gerhard Meißl, Industrie, in: Historisches Lexikon Wien, Band 3, hg. von Felix Czeike, Wien, 1994, 308.

<sup>31</sup> Eigner/Weigl, Schrumpfung, Stagnation und Wachstum, 218.

erfolgten die Gründung und Planung von Einkaufszentren (etwa Ekazent Hietzing) und die Neuansiedlung von Industriebetrieben in der süd-westlichen Bandstadt.<sup>32</sup>

Der kommunale Wohnbau wurde in den sechziger Jahren vom Konzept der Stadterweiterung, das die planmäßige Schaffung neuer Wohnviertel vorsah, bestimmt. Die „Suburbanisierung“ erfolgte dabei kaum, wie in vielen nordamerikanischen und westeuropäischen Städten, durch die Errichtung von großflächigen Siedlungen aus Einfamilienhäusern, sondern in Form üblicherweise parallel ausgerichteter Wohnblöcke mit zumeist vier oder neun Geschossen. Die größten derartigen Projekte „auf der grünen Wiese“ waren ein neuer Stadtteil in Kagran (an der Erzherzog Karl-Straße) ab 1962 sowie die Großfeldsiedlung und die Per Albin Hansson-Siedlung ab der Mitte der sechziger Jahre. Bei diesen Neubauprojekten wandte man erstmals in großem Maßstab die Montagebauweise an, zu diesem Zweck hatte die Stadt 1961 die Montagebau Wien Ges. m. b. H. gegründet). Industrielle Massenfertigung hielt Einzug in der Wiener Bauwirtschaft. Mit einem Nettozuwachs von über 105.000 Wohnungen erreichte die Bauleistung in den sechziger Jahren ihren absoluten Höhepunkt, über Ästhetik und Qualität dieser Architektur lässt sich streiten. In diesem Zeitraum entfiel die Hälfte des Zuwachses allein auf die Außenbezirke Favoriten, Floridsdorf, Donaustadt und Liesing, die klassischen Stadterweiterungsgebiete Wiens. Die neuen Trabanten- bzw. Schlafstädte entsprachen dem funktionalen Konzept der großräumigen Trennung von Wohnen und Arbeiten. Schon ab der Mitte der sechziger Jahre regte sich jedoch zunehmend Kritik, die anstelle der großräumigen Funktionstrennung eine geeignete Funktionsmischung forderte. Gerade die Großfeldsiedlung galt vielen als negatives Beispiel einer Schlafstadt, wobei neben dem Fehlen eines ausreichenden Arbeitsplätzeangebots der Mangel an infrastrukturellen Einrichtungen im Zielpunkt der Kritik stand. Es fehlte an ausreichenden Kindergarten- und Schulplätzen sowie an Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.<sup>33</sup> Vereinsamung, Alkoholismus und Vandalismus waren die sozialen Folgekosten dieser Planungen.

Mit der Stadterweiterung und großräumigen Funktionstrennung nahmen die Verkehrsströme zu, und mit dem wachsenden materiellen Wohlstand ging die Massenmotorisierung einher. Somit setzte man in den sechziger Jahren bezüglich der Lösung der Verkehrsprobleme vor allem auf den Ausbau des Straßensystems. Einzig mit der Eröffnung der Schnellbahn im Jahr 1962 wurde das öffentliche Transportsystem um eine leistungsfähige Linie erweitert. Mit der S-Bahn stand nun eine Durchmesserlinie zwischen Meidling und Floridsdorf, die die City tangierte, zur Verfügung — errichtet auf den alten Trassen der ehemaligen Nord-, Süd- und Verbindungsbahn. Sie entsprach dem Bedarf, die neuen Wohngebiete im Norden Wiens („Transdanubien“) mit den dynamischen Betriebsansiedlungsgebieten im Süden zu verbinden und wurde in den folgenden Jahren noch ausgeweitet. Ansonsten schritt man vielfach bei bestehenden Linien des öffentlichen Personennahverkehrs sogar zu „autofreundlichen“ Rückbaumaßnahmen. Mehr als zwanzig Straßenbahnlinien wurden in der Stadt mit dem einstmaligen größten Straßenbahnnetz aufgelassen und großteils durch Autobuslinien ersetzt. Hatten sich die Schienenstränge der Tramway im Jahr 1928 noch über eine Gesamtlänge von 318 km erstreckt, so wurden sie bis 1971 auf 238 km reduziert. Diese Politik erschien den Planern angesichts der offenbar überlegenen Attraktivität des motorisierten Individualverkehrs und der sinkenden Fahrgastzahlen der öffentlichen Nahverkehrsmittel gerechtfertigt, erwies sich aber langfristig als kurzsichtig.

---

<sup>32</sup> Elisabeth Lichtenberger, Die Wiener Altstadt. Von der mittelalterlichen Bürgerstadt zur City, Wien 1977, 323.

<sup>33</sup> Peter Eigner/Herbert Matis/Andreas Resch, Sozialer Wohnbau in Wien. Eine historische Bestandsaufnahme, in: Jahrbuch für die Geschichte der Stadt Wien, 1999.

Gegen Ende der sechziger Jahre baute man einige Tramways zur Entlastung stark befahrener Plätze bzw. Straßenzüge als „UPFLABA“ (Unterpflasterbahn) oder über längere Streckenbereiche als „USTRABA“ (Unterstraßenbahn) um. Im Zusammenhang mit diesen Projekten sind etwa die Linie H2 zum bereits erwähnten „Jonasreindl“ sowie die Errichtung der USTRABA Flurschützstraße-Südtirolerplatz mitsamt der Umgestaltung des Matzleinsdorferplatzes bis 1969 zu nennen. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre setzte dann allmählich die Planung der späteren U-Bahn-Linien ein, deren Grundnetz in den Jahren 1966/68 beschlossen wurde.<sup>34</sup>

Die Kapazitäten des Straßennetzes wurden in den sechziger Jahren erheblich ausgeweitet. Es erfolgte der aufwendige Ausbau der Wiener Westeinfahrt von der Westautobahn bis in das Stadtzentrum, bis 1964 errichtete man die großzügige Nordautobahneinfahrt über die Nordbrücke, und gegen Ende des Jahrzehnts wurden erste Abschnitte der Südosttangente und die Autobahneinfahrt Süd errichtet. Die zur Südosttangente gehörende Praterbrücke (4. Donaubrücke) knickte allerdings bei dem Belastungstest im Jahr 1970 ein. Daraufhin mussten langwierige Reparaturarbeiten durchgeführt werden, ehe sie 1972 für den Verkehr eröffnet werden konnte. Zudem waren die sechziger Jahre eine Phase des Ausbaus der Ver- und Entsorgungseinrichtungen der Stadt, das E-Werk Simmering erfuhr eine beträchtliche Kapazitätserweiterung, neue Gasometer entstanden ebenso wie die Müllverbrennungsanlage Flötzersteig und die Kläranlage Inzersdorf. Mit der Errichtung des Donauturms im Rahmen der Wiener Internationalen Gartenausstellung (WIG) 1964 schuf man nördlich der Donau nicht nur eine Wiener Sehenswürdigkeit, sondern ein Erholungsgebiet.

## ***Desurbanisierungstendenzen in den siebziger Jahren***

Viele der bereits während der sechziger Jahre aufgetretenen Probleme der sich erweiternden und verdichtenden Stadtagglomeration nahmen in den siebziger Jahren weiter zu. Sie schlugen sich nunmehr in für die *Phase der Desurbanisierung* charakteristischen Entwicklungsmerkmalen nieder, zum Beispiel im beschleunigten Schrumpfen der Einwohnerzahl der Stadt und im Stocken des wirtschaftlichen Wachstums. Die siebziger Jahre waren gemäß den oben besprochenen Regulationsweisen zugleich Höhepunkt und Endphase der Ära des Keynesianismus - in Österreich in Form des „Austro-Keynesianismus“. Für Wien spitzte sich die Situation zu. Angesichts der sich verschärfenden internationalen Konkurrenz traten die zunehmenden Strukturprobleme der Wiener Wirtschaft immer deutlicher zutage. Vor dem Hintergrund einer Zunahme der Arbeitsbevölkerung zeigte sich, dass die Kompensationsleistung des Dienstleistungssektors bezüglich des Auffangens von Arbeitskräften der Industrie an seine Grenzen stieß. Der Wertschöpfungsanteil des Sekundärsektors blieb im österreichweiten Vergleich rückläufig, und der Tertiärbereich vermochte nicht mehr so selbstverständlich wie in den sechziger Jahren die zusätzlichen Beschäftigten zu absorbieren.

Die Anzahl der Einwohner Wiens ging von 1971 bis 1981 um 5,5 Prozent auf 1,531.346 Personen zurück. Der relative Bevölkerungsverlust im Zentrum erreichte während dieses Zeitraums seinen Höhepunkt. Die Einwohnerzahl der City nahm um 22,4 Prozent auf 19.537 ab, die Wohnbevölkerung der inneren Bezirke (II bis IX und XX) reduzierte sich um 14,2 Prozent auf 394.526 Personen. In dieser Periode nahm erstmals aber auch die Bevölkerung in den Außenbezirken (X bis XIX und XXI bis XXIII) geringfügig ab. Sie sank um 0,9 Prozent auf 1,043.587 Personen. Ein weiteres bedenkliches Symptom der Desurbanisierung war, dass in

---

<sup>34</sup> Renate Banik-Schweitzer/Leopold Redl/Peter Wünschmann, Das lange Warten auf die kurze Reise. Der öffentliche Verkehr, in: Wien wirklich. Der Stadtführer, hg. von Renate Banik-Schweitzer u.a., Wien 1996, 64f.

den siebziger Jahren erstmals die Wanderungsbilanz bei InländerInnen negativ ausfiel. Während in den Sechzigern per saldo noch 28.500 InländerInnen und 39.900 AusländerInnen zugewandert waren, war von 1971 bis 1981 ein Abgang von 26.008 InländerInnen zu verzeichnen. Da die AusländerInnen-Wanderungsbilanz jedoch ein Plus von 54.725 Personen aufwies, ergab die gesamte Wanderungsbilanz noch einen Zuwachs von 28.717 Personen.<sup>35</sup>

Die Arbeitsbevölkerung nahm im Gegensatz zur Wohnbevölkerung etwas zu. Sie vergrößerte sich von 1971 bis 1981 um 3,8 Prozent auf 816.053 Personen.<sup>36</sup> Mit dem geringen Zuwachs an Beschäftigten blieb Wien aber in den siebziger Jahren deutlicher als in den vorangegangenen Perioden hinter der gesamtösterreichischen Entwicklung zurück. War der Anteil Wiens an den unselbständig Beschäftigten in Österreich in den fünfziger und sechziger Jahren bei etwa 32 bis 33 Prozent gelegen, so sank er im Lauf der siebziger Jahre auf nur noch rund 28 Prozent.<sup>37</sup> In der Inneren Stadt ging die Arbeitsbevölkerung zwischen 1971 und 1981 um 4,3 Prozent auf 121.368 Personen zurück, in den Innenbezirken sank sie um 2,2 Prozent auf 293.317. Nur in den Außenbezirken wuchs sie um 11,7 Prozent auf 401.368 Personen an.

Mit der gegenläufigen Entwicklung der Wohn- und der Arbeitsbevölkerung war ein erhebliches Anwachsen der Pendlerzahl verbunden. Die Massenmotorisierung und der wachsende Wohlstand hatten den Radius des Wiener Einzugsgebietes laufend vergrößert. Der tägliche Strom von Einpendlern aus Gemeinden außerhalb Wiens schwoll von 103.345 Personen (1971) um 57 Prozent auf 162.270 Personen im Jahr 1981 an. Die Zahl der Pendler aus anderen Wiener Bezirken nahm von 441.406 auf 461.789 zu, aber auch die Anzahl der Auspendler in Gemeinden außerhalb Wiens erhöhte sich in diesem Zeitraum von 24.590 auf 35.487.

Die Trends der stadträumlichen Wirtschaftsentwicklung aus den sechziger Jahren setzten sich in gesteigertem Ausmaß fort. Die Arbeitsstättenzählungen 1973 und 1981<sup>38</sup> geben deutlich Aufschluss darüber. Die Gesamtzahl der Arbeitsstätten lag bei beiden Zählungen etwas über 66.000, ihre räumliche Verteilung verschob sich aber zum Stadtrand hin, und die Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten nahm von 769.225 auf 710.269<sup>39</sup> ziemlich deutlich ab, wobei das Jahr 1973 am Endpunkt einer Hochkonjunkturphase stand. Die Innere Stadt büßte von 1973 bis 1981 12,3 Prozent ihrer Betriebsstätten und ein Viertel der unselbständig Beschäftigten ein. In den inneren Bezirken (II bis IX und XX) reduzierte sich die Anzahl der

---

<sup>35</sup> Satzinger/Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, 31.

<sup>36</sup> Volkszählungen 1971 und 1981: Beschäftigte am Arbeitsort.

<sup>37</sup> Vgl. Franz Köppl u.a., Arbeiten in Wien, Wien, o. J., 9ff.

<sup>38</sup> Die Wiener Arbeitsstätten am 12. Mai 1981, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1985.

<sup>39</sup> Die Differenzen zwischen den Zahlenangaben zu den Beschäftigten laut Volkszählung bzw. Arbeitsstättenzählung werden vom statistischen Zentralamt mit folgenden Argumenten erklärt: 1. Die Volkszählungsbögen werden von den "Zensiten" selbst, die Bögen der Arbeitsstättenzählung hingegen von den Leitern der Arbeitsstätten ausgefüllt. 2. Manche Zensiten aus Niederösterreich gaben bei der Volkszählung den Wiener Hauptsitz ihres Arbeitgebers an, obwohl sich ihre Arbeitsstätte in Niederösterreich befand. 3. Bei der Arbeitsstättenzählung erfolgt die Angabe eher am Monatsanfang oder Monatsende, bei der Volkszählung eher im Zeitraum des Stichtages. 4. Im Rahmen der Arbeitsstättenzählung werden teilweise die Beschäftigten mit Werkvertrag sowie Konsulenten, Teilzeitbeschäftigte, vorübergehend im Ausland Beschäftigte und auch das fahrende Personal nur unvollständig angegeben. 5. Im Rahmen der Arbeitsstättenzählung werden vor allem im Bereich der gewerblichen Wirtschaft von Kiosk- und Tankstelleninhabern, Taxiunternehmern oder anderen selbständig Tätigen sehr häufig keine Erhebungsunterlagen ausgefüllt. Weiters trat eine Untererfassung der Beschäftigten im Baugewerbe auf. 6. Eine gewisse Untererfassung war bei der Arbeitsstättenzählung auch im öffentlichen Sektor sowie im Bereich der diplomatischen Vertretungen festzustellen. (Vgl.: Die Wiener Arbeitsstätten am 12. Mai 1981, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1985, Xff.) Daher sind all diese Zählungen mit einer gewissen Vorsicht zu interpretieren, wenngleich sie die grundlegenden Trends sicher richtig wiedergeben.

Arbeitsstätten — wenngleich in geringerem Ausmaß — ebenfalls. Einzig im Alsergrund wuchs die Beschäftigtenzahl laut den Arbeitsstättenzählungen an, vor allem wegen einer deutlichen Zunahme der im Geld- und Kreditwesen Beschäftigten von 1.813 auf 3.049 Personen, die unter anderem auf den Neubau eines Gebäudes der Creditanstalt am Julius Tandler-Platz zurückzuführen war.

Die Reduktion der Betriebsstätten- und Beschäftigtenzahlen in den inneren Bezirken beruhte weiterhin zu einem großen Teil auf der Auflösung oder Abwanderung gewerblicher Betriebe. In der Inneren Stadt nahm die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Wirtschaftsabteilung verarbeitendes Gewerbe und Industrie um mehr als ein Viertel ab. Sie ging von 11.742 auf 8.559 zurück. Weiterhin führte der zunehmende Flächenbedarf des tertiären Sektors zu einer Verdrängung der Nutzungen für Wohnzwecke und gewerbliche Betriebe. Dieser Prozess wurde allerdings durch die Mieterschutzgesetzgebung und den Denkmalschutz gebremst. In den früheren Gewerbezentren Margareten, Mariahilf und Neubau waren im verarbeitenden Gewerbe und der Industrie 1981 zusammen nur noch 17.068 Personen unselbständig beschäftigt. Ihre Anzahl hatte sich seit 1973 erneut um zwei Fünftel reduziert. In der Brigittenau nahmen die unselbständig Beschäftigten in dieser Wirtschaftsabteilung um drei Zehntel auf 5.933 Personen ab. Auch in den Vorortebezirken Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Hernals setzte sich die Krise der traditionellen Gewerbestrukturen - wenngleich etwas gebremst - fort. Die Zahl der Arbeitsstätten des verarbeitenden Gewerbes und der Industrie reduzierte sich von 2.481 (1973) auf 1.976 (1981), und die Zahl der in diesen Betrieben unselbständig Beschäftigten ging um mehr als ein Viertel auf 18.416 zurück. Einzig in zwei Stadtrandbezirken war in diesem Zeitraum eine Zunahme der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe und der Industrie zu verzeichnen. In Donaustadt erhöhte sich ihre Zahl um 36,1 Prozent auf 8.416, und in Liesing nahm sie um 9,2 Prozent auf 19.742 zu.

Die Randwanderung der Industrie wurde durch die Bodenpreisentwicklung und die Flächenknappheit in den inneren Bezirken erzwungen.<sup>40</sup> Sie beschränkte sich allerdings nicht auf die Verlegung von Betrieben in die äußeren Bezirke des Stadtgebietes, sondern nicht zuletzt hatte sich die Abwanderungsdynamik über die Wiener Stadt- bzw. Landesgrenzen hinaus dramatisch verstärkt. So wurden in Niederösterreich zum Beispiel von 1970 bis 1973 213 industrielle Betriebsstätten gegründet, im Burgenland 64, und der Anteil von Wiener Firmen an den neuen Betriebsstätten betrug in Niederösterreich 56 Prozent, im Burgenland 57 Prozent. Insbesondere Industrien, die eine große Zahl wenig qualifizierter Arbeitskräfte benötigten und an einem niedrigen Lohnniveau interessiert waren, wurden in die peripheren Gebiete verlagert. Dazu gehörten zum Beispiel Betriebe der Bekleidungsindustrie, der Lederverarbeitung und der Eisen- und Metallwarenerzeugung.<sup>41</sup>

Auch innerhalb Wiens war die Randwanderung mit einer erheblichen Ausweitung der Flächen, die für gewerbliche/industrielle Zwecke genutzt wurden, verbunden. In den sechziger Jahren waren vom neuerschlossenen Bauland noch 300 Hektar für den Wohnbau und nur 125 Hektar für die Errichtung von Arbeitsstätten genutzt worden. In den siebziger Jahren verschob sich die Gewichtung. Für Wohnzwecke wurden nur noch 200 Hektar in Anspruch genommen, die Betriebsbaugelände erweiterte man hingegen um 380 Hektar, was einer Verdreifachung gegenüber den sechziger Jahren gleichkam. Trotzdem blieb ein Arbeitsplätzemangel in den Stadtrandgebieten, insbesondere im Nordosten von Wien, bestehen. Von der Arbeitsstättenstruktur her gesehen wurde eine Vermehrung der gewerblichen und tertiären

---

<sup>40</sup> Satzinger/Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, 52.

<sup>41</sup> Vgl. Elfriede Lichtenberger, Industrieansiedlungen im Wiener Raum, Diplomarbeit WU Wien, Wien 1978, 68 und 80.

Betriebe am Stadtrand immer vordringlicher, um ein differenzierteres Arbeitsplatzangebot zu schaffen und den überhand nehmenden Personenverkehr einigermaßen einzudämmen.<sup>42</sup>

Die neuen Herausforderungen der Stadtentwicklung in den siebziger Jahren und die Erfahrungen und Lehren aus den Sechzigern schlugen sich in veränderten Ansätzen der Stadtplanung und der städtischen Wirtschaftspolitik nieder. 1970/71 erstellte man die „Leitlinien für die Wiener Wirtschaftspolitik“. 1972 wurden neue Leitlinien für die Stadtentwicklung erarbeitet, und 1972/73 veranstaltete man eine große Stadtentwicklungsenquete.<sup>43</sup> Die gesamten siebziger Jahre hindurch fanden umfangreiche Vorarbeiten für einen neuen Stadtentwicklungsplan statt, der zeitgemäße Entwicklungsrichtlinien und neue räumliche Ordnungsansätze enthalten sollte.<sup>44</sup> Die neuen Ansätze umfassten Vorschläge zur Ausdehnung der Stadt in gemischten Strukturen anstelle monofunktionaler Stadterweiterungsgebiete — in räumlicher Hinsicht sollte das Stadtwachstum entlang von Entwicklungsachsen mit dazwischenliegenden Grünkeilen nach dem Konzept der Bandstadt forciert werden. Diese Entwicklungsachsen waren entlang leistungsfähiger Linien des öffentlichen Verkehrs vorgesehen. Insgesamt wollte man die historische, monozentrische Struktur Wiens (mit einer überproportionalen Arbeitsplatzkonzentration in der Innenstadt) durch die Entwicklung neuer Subzentren entlasten und so eine polyzentrische Struktur schaffen.

Hinsichtlich der Betriebsentwicklung verschärfte sich die Konkurrenz zum Umland. Auf die Abwanderungstendenzen reagierte die Stadtverwaltung mit verstärkten Bemühungen, Betriebe innerhalb der Stadtgrenzen zu halten. Die Stadt hatte vitale Finanzinteressen an der Betriebsansiedlung und wendete daher vermehrt Geldmittel dafür auf.<sup>45</sup> Die klassische Form kommunaler Wirtschaftsförderung, die Aufschließung und Bereitstellung von Flächen für betriebliche Nutzung, wurde ab 1969 in planmäßiger Weise praktiziert. Zu diesem Zweck rief man die privatrechtlich organisierte Wiener Betriebsansiedlungsgesellschaft mbH (WIBAG) ins Leben. Die räumlichen Schwerpunkte der Bodenbereitstellung lagen in Donaustadt, Liesing, Floridsdorf, Simmering bzw. in Wien-Auhof. 1978 nahm zur besseren Beratung grundstücksuchender Unternehmer das Informationszentrum der Wiener Wirtschaft seine Tätigkeit auf.<sup>46</sup> Weiters wurde in den siebziger Jahren das Förderungswesen für betriebliche Investitionen auf Landes- und Bundesebene erheblich ausgeweitet.

Aufgrund der demographischen Entwicklung verstand man in den frühen siebziger Jahren in Wien unter „aktiver Arbeitsmarktpolitik“ die Förderung der Zuwanderung. Seit den sechziger Jahren wurden nach der Überwindung anfänglicher gewerkschaftlicher Widerstände in zunehmendem Ausmaß ausländische „Gastarbeiter“ angeworben, ehe 1974 eine Trendwende am Arbeitsmarkt einsetzte.<sup>47</sup>

Die Errichtung von neuem Wohnraum oblag in den siebziger Jahren weiterhin überwiegend dem sozialen, das heißt dem mit öffentlichen Mitteln subventionierten Wohnbau. Angesichts der stagnativen Bevölkerungsentwicklung und der Überwindung der dringenden Wohnungsnot in quantitativer Hinsicht seit den sechziger Jahren ging das Bauvolumen zurück, wobei insbesondere der Bau neuer Gemeindewohnungen reduziert wurde. Seit 1972 wurde die gesamte Förderung auf Basis des Wohnbauförderungsgesetzes 1968 durchgeführt. Die

---

<sup>42</sup> Herbert Binder, Räumliche Entwicklung der Arbeitsstätten, in: *der aufbau* 2/3 1982, 86.

<sup>43</sup> Schubert, Wien, 526.

<sup>44</sup> Vgl.: *der aufbau* 2/3 1982

<sup>45</sup> Binder, Räumliche Entwicklung, 84, 87.

<sup>46</sup> Eigner/Weigl, Schrumpfung, Stagnation und Wachstum, 232; Lichtenberger, Industrieansiedlungen, 84f und 98ff.

<sup>47</sup> Lichtenberger, Industrieansiedlungen, 87f.

Gemeinde konzentrierte sich in den Siebziger in einer Art Nachvollzug verstärkt auf den Ausbau der technischen Infrastruktur. Während in den sechziger Jahren der Wohnungsbestand in Wien um mehr als 100.000 Einheiten gewachsen war, erhöhte er sich von 1971 bis 1981 nur noch um rund 40.000.<sup>48</sup> In beiden Zählperioden ist zu berücksichtigen, dass die Wohnbauleistung höher als der tatsächliche Wohnungszuwachs war, weil teilweise alte Häuser für die Errichtung von Neubauten abgetragen wurden oder Wohnungszusammenlegungen stattfanden. Nach Bauträgern differenziert wurden von den im Jahrzehnt von 1973 bis 1982 gebauten 67.428 Wohnungen 24.784 (36,8 %) von der Gemeinde Wien, 14.295 (21,2 %) von Genossenschaften, 20.935 (31,0 %) von gemeinnützigen Kapitalgesellschaften und 7.414 (11,0 %) von juristischen oder natürlichen Personen errichtet.<sup>49</sup>

Unter den realisierten Bauprojekten fanden sich noch einige Großwohnanlagen am Stadtrand im Stil der sechziger Jahre (z. B. Fertigstellung der Großfeldsiedlung, Rennbahnweg), weiters eine Reihe von mit dieser Tradition bewusst brechen wollenden Großwohnanlagen, die man mit dem Schlagwort "Vollwertwohnen" charakterisierte (z. B. Wohnpark Alt Erlaa, Wiener Flur, Am Schöpfwerk, alle an der Wiener Entwicklungsachse Meidling-Siebenhirten gelegen), ferner kleinere und kleinförmiger strukturierte Neubauten.

Einhergehend mit der abnehmenden Neubauleistung gewann in den siebziger Jahren der Stadterneuerungsgedanke zunehmend an Bedeutung. 1971 stammten noch immer über 422.000 Wohnungen (54 Prozent) der damals insgesamt bestehenden 782.000 Wiener Wohnungen aus der Zeit vor 1918. Im Althausbestand fanden sich überwiegend Substandardwohnungen ohne WC, Badezimmer und Heizung. Es war somit ein enormer, akuter Modernisierungsbedarf gegeben. Erste - noch sehr radikal umgesetzte - Flächensanierungen waren bereits in den fünfziger Jahren in Erdberg durchgeführt worden, der Stadtteil Alt-Lichtental folgte in den Sechzigern. In den siebziger Jahren setzte ein Umdenkprozess ein. Große Bekanntheit als ein erstes Beispiel „sanfter“ Sanierung erlangte der Modellversuch „Planquadrat 4“ in Wieden. Die erste umfassende Ässanierungsmaßnahme, bei der Althäuser nicht einfach abgerissen, sondern saniert und modernisiert wurden, betraf den Stadtteil Spittelberg in Neubau (1976). Baulich gelungene Sanierungsmaßnahmen bergen die Gefahr in sich, dass die alteingesessenen Bewohner durch zahlungskräftigere neue Mieter verdrängt werden und es zur „Gentrification“ kommt. In Wien versuchte man durch sogenannte „sanfte Sanierungen“ diese sozialen Folgekosten der Sanierungsmaßnahmen zu verringern. Die geförderten Erneuerungsmaßnahmen sollten nicht zu einer verstärkten sozialen Segregation der Wiener Bevölkerung führen. Das bis in die Gegenwart weiterentwickelte Wiener Modell „sanfter Sanierung“ bzw. „Stadterneuerung“ findet inzwischen europaweite Beachtung.

Bei der Planung und dem weiteren Ausbau der technischen Infrastruktur in Wien setzte sich in den siebziger Jahren ebenfalls ein gewisses Umdenken durch. Der Ausbau des hochrangigen Straßennetzes wurde zwar mit großem Aufwand fortgesetzt, zugleich räumte man nun aber dem öffentlichen Nahverkehr einen erhöhten Stellenwert ein.<sup>50</sup> Wien erhielt endlich eine Untergrund- bzw. U-Bahn, erste Überlegungen und Planungen reichten fast hundert Jahre zurück. Im Jahr 1969 begann am Karlsplatz der Bau des U-Bahnnetzes. 1974 nahmen die U4 und 1976 die neuerrichtete U1 den Betrieb auf ersten Teilstrecken auf. Durch die Führung der U1 unter dem Stephansplatz wurde es erstmals möglich, die Innenstadt mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu bedienen, das in der Lage war, den starken Berufsverkehr zu bewältigen. Dem zu Beginn der siebziger Jahre aufgrund umfassender Verkehrserhebungen erstellten

---

<sup>48</sup> Wohnungszählungen 1961, 1971, 1981.

<sup>49</sup> Walter Matznetter, Wohnbauträger zwischen Staat und Markt. Strukturen des Sozialen Wohnungsbaus in Wien, Frankfurt am Main, New York 1991, 201.

<sup>50</sup> Satzinger/Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, 53.

Verkehrskonzept für Wien folgte 1974 die Gründung des Verkehrsverbundes Ost Region (VOR), Ende des Jahrzehnts die Errichtung der Planungsgemeinschaft Ost.

Das größte Straßenbauprojekt Wiens bildete die sukzessive Fertigstellung der Südosttangente (A 23) zwischen Altmannsdorf und dem Knoten Kaisermühlen in den Jahren 1970 bis 1978. Damit wollte man die Gebiete nordöstlich der Donau besser an das hochrangige Straßennetz im Süden anbinden, zugleich wurden die Betriebsbaugebiete entlang dieser Autobahn in den Bezirken Landstraße, Simmering, Favoriten und Liesing aufgewertet. Die Verlegung des Großmarktes nach Inzersdorf, die Errichtung eines Fleischzentrums und eines Textilzentrums in St. Marx trugen dieser Entwicklung Rechnung. Richtung Nordwesten begann man bereits in den siebziger Jahren mit dem Bau der 1981 von Stockerau bis zur Floridsdorfer Brücke dem Verkehr übergebenen Donauuferautobahn und der 1982 fertiggestellten Außenringautobahn (Vösendorf-Knoten Steinhäusl-Westautobahn). Der Einsturz der Reichsbrücke 1976 zog neben ihrer Neuerrichtung den Bau der neuen Floridsdorfer Brücke nach sich.

Die Struktur des Straßennetzes mit Ringstraße, Gürtel und Südosttangente sowie großen Ausfallstraßen nach Süden, Westen, Norden und Südosten entspricht in seiner Grundstruktur weitgehend dem ring-radialen Ordnungsschema, das auch das System der öffentlichen Verkehrsmittel prägt, bestehend aus der U-Bahn um die City, dem äußeren Ring entlang des Gürtels (Stadtbahn, S-Bahn) und den radialen Linien (S- und U-Bahn) entlang wichtiger Entwicklungsachsen.<sup>51</sup> Somit hatte man in den siebziger Jahren noch nicht vermocht, die historische, monozentrische Struktur der Stadt und ihrer Verkehrsadern in eine polyzentrische Struktur umzuwandeln. Die Verkehrsströme blieben in hohem Ausmaß auf das Zentrum hin orientiert, und sie nahmen weiterhin erheblich zu. Die Zahl der Berufseinpender vergrößerte sich laufend, und auch die Anzahl der in Wien registrierten Kraftfahrzeuge wuchs rasant, von rund 430.000 im Jahr 1969 auf etwa 640.000 1981. Insbesondere die Wiener City drohte im Verkehr geradezu zu ersticken. Durch die Herrengasse und den Innenring zum Donaukanal quälten sich täglich 40.000 Autos.<sup>52</sup> Zusätzlich wurde die Lage durch die langwierigen, umfangreichen Baumaßnahmen der technischen Infrastruktur sowohl in den innerstädtischen Gebieten als auch entlang der hochrangigen Verkehrswege erschwert. Die Motorisierung zog Parkplatzprobleme nach sich. Zur besseren Bewältigung des „stehenden Verkehrs“ wurden einige Tiefgaragen im zentralen Bereich gebaut, und als verkehrsberuhigende Maßnahmen errichtete man ab 1973 Fußgängerzonen (Kärntnerstraße, Favoritenstraße, Meidlinger Hauptstraße, ...) <sup>53</sup> und ab 1980 sogenannte Wohnstraßen (z. B. Wichtelgasse).<sup>54</sup>

Zur Verbesserung des Hochwasserschutzes und zur Schaffung neuer Erholungsareale für die Wiener Bevölkerung wurde im Jahr 1972 die „zweite Donauregulierung“ in Angriff genommen. Im ehemaligen Überschwemmungsgebiet errichtete man ein „Entlastungsgerinne“ entlang der 1870 bis 1875 regulierten Donau. Zwischen den beiden Flußläufen entstand die Donauinsel. In die siebziger Jahre fallen ferner Bau und Fertigstellung der UNO-City, die wie die Errichtung des Einkaufszentrums Donauzentrum die Attraktivität der nördlich der Donau liegenden Stadtregion erhöhen sollte. Auf die Schaffung mehrerer kleinerer Subzentren in der Stadt zielten die Einkaufszentren in der Per Albin Hansson-Siedlung bzw. im U4-Parkshop Meidling. Schul- und Krankenhausbauten trugen zur besseren Versorgung Wiens bei, die Errichtung zahlreicher Bäder im Rahmen des Sportstättenkonzepts sollte für ein reichhaltigeres Freizeitangebot sorgen.

---

<sup>51</sup> Schubert, Wien, 558.

<sup>52</sup> Siegfried Mattl, Die lauen Jahre. Wien 1978-1985, in: Idealzone Wien. Die schnellen Jahre (1978-1985), hg. von Martin W. Drexler/Markus Eiblmayr/Franziska Maderthaler, Wien 1998, 85.

<sup>53</sup> Eigner/Weigl, Schrumpfung, Stagnation und Wachstum, 224.

<sup>54</sup> Satzinger/Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, 54.

## **Reurbanisierungstendenzen seit den achtziger Jahren**

Im Laufe der achtziger und neunziger Jahre stellten sich in Wien wieder deutliche Anzeichen einer *Reurbanisierung* ein. Im Trend der Bevölkerungsentwicklung trat nach einer langen Schrumpfungsphase eine Umkehr ein. Die Einwohnerzahl erhöhte sich laut den Volkszählungen von 1.531.346 Personen (1981) zumindest geringfügig um 0,6 Prozent auf 1.539.848 Personen im Jahr 1991. Für das Jahr 1997 weist die amtliche Statistik einen Personenstand von 1.609.631 Menschen mit Hauptwohnsitz in Wien und damit einen weit deutlicheren Zuwachs aus, wobei die Tendenz seit zwei Jahren wieder rückläufig ist.<sup>55</sup> Die städtische Bevölkerungsfortschreibung weicht allerdings etwas von den Volkszählungsergebnissen ab. Für 1991 gibt sie 1.591.398 Personen mit Wohnsitz in Wien an, somit um 51.550 mehr als die Volkszählung aus dem gleichen Jahr. Wien ist jedenfalls das erste Mal seit der Gründerzeit - abgesehen von den Kriegsjahren - wieder erheblich gewachsen, vor allem in den Jahren 1989 bis 1993. Seither ist der Zuwachs wieder weitgehend zum Stillstand gekommen. Wesentlicher Faktor des Bevölkerungswachstums war ein Zuwanderungsschub aus dem Ausland um 1990 - die Zahl der AusländerInnen aus (dem ehemaligen) Jugoslawien erhöhte sich von 1985 bis 1994 von 56.312 auf 126.584. Verglichen mit diesem Zuwachs hatte die Zuwanderung aus den Reformländern seit der Ostöffnung nur geringere Bedeutung. Die Anzahl der AusländerInnen aus Polen erhöhte sich von 1985 bis 1994 von 8.596 auf 19.537, jene von ZuwandererInnen aus der (ehemaligen) Tschechoslowakei wuchs von 1.509 auf 5.868 Personen an, und aus Ungarn befanden sich 1985 2.209 und 1994 5.858 Personen in Wien.<sup>56</sup> Bei den InländerInnen überwog jedoch weiterhin die Abwanderung die Zuwanderung. Die Abwanderung per saldo ging jedoch im Jahrzehnt von 1981 bis 1991 gegenüber den siebziger Jahren um beinahe ein Viertel auf 19.927 Personen zurück. Ein weiterer Faktor des erneuten Bevölkerungswachstums war ein reduziertes Geburtendefizit, das in den achtziger Jahren beinahe wieder auf den niedrigen Stand der sechziger Jahre zurückging.<sup>57</sup>

Nicht nur über die Stadtgrenzen hinaus, sondern auch innerhalb des Wiener Stadtgebietes war weiterhin eine Randwanderung - wenngleich deutlich gebremst - festzustellen. Die Wohnbevölkerung nahm in der Inneren Stadt von 1981 bis 1991 nur noch um 1.535 Personen (7,9 Prozent) auf 18.002 Einwohner und Einwohnerinnen ab, nachdem sie in den Siebzigern noch um mehr als 22 Prozent geschrumpft war. In den inneren Bezirken (II bis IX und XX) ging die Wohnbevölkerung nach einer Schrumpfung um 13,5 Prozent im Jahrzehnt zuvor im Zeitraum von 1981 bis 1991 lediglich um 2,2 Prozent (10.413 Personen) auf den Stand von 457.809 Personen zurück. In den äußeren Bezirken (X bis XIX und XXI bis XXIII) nahm die Zahl der Einwohner und Einwohnerinnen wieder geringfügig stärker zu. Sie wuchs im Jahrzehnt bis 1991 um 2,2 Prozent (20.450 Personen) auf 1.064.037 an. Nach der Personenstandstatistik der Magistratsabteilung 14 wohnten 1997 im ersten Bezirk 19.319, in den inneren Bezirken 463.142 und in den äußeren Bezirken 1.127.170 Menschen.

---

<sup>55</sup> Daten für 1997, in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1997 hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1997, 45.

<sup>56</sup> Satzinger/Vimetal, Wien in der Zweiten Republik, 30 f.

<sup>57</sup> Die Geburtenrate lag 1985 bei 9,6, im Jahr 1990 bei 10,7, die Sterberate sank von 15,8 (1985) auf 13,7 (1990), in: Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1995, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1995, 49. Die Anzahl der Todesfälle überwog die Anzahl der Geburten in den Jahren 1961 bis 1971 um 76.127, im Jahrzehnt bis 1981 um 117.256 und von 1981 bis 1991 nur noch um 77.167. Ritter, Die Bevölkerung Wiens, 6.

Die gesamte Wiener Arbeitsbevölkerung ist von 1981 bis 1991 um 3,2 Prozent auf 842.412 Personen gewachsen.<sup>58</sup> Der Gesamtzuwachs war somit ungefähr gleich groß wie im Jahrzehnt zuvor. Damit blieb Wien jedoch erneut, wenngleich knapper, hinter dem gesamtösterreichischen Zuwachs zurück.

Die regionalen Teilprozesse der Arbeitsplatzentwicklung in Wien wichen von den Verlaufsmustern in den siebziger Jahren ab. Die Innere Stadt verlor wieder etwas stärker an Arbeitsbevölkerung<sup>59</sup>, diese schrumpfte um 7,1 Prozent auf 112.770 Personen. Die inneren Bezirke um die City konnten hingegen nach der Schrumpfung in den sechziger und siebziger Jahren in den Achtzigern erstmals wieder leicht zulegen. Hier nahm die Arbeitsbevölkerung um 0,9 Prozent auf 295.997 Personen zu. In den äußeren Bezirken setzte sich der Wachstumsprozess fort. 1991 zählte man hier eine Arbeitsbevölkerung von 433.645 Personen (+ 8,0 Prozent gegenüber 1981).

Gemäß den Arbeitsstättenzählungen erhöhte sich die Gesamtzahl der unselbständig Erwerbstätigen in Wien von 1981 bis 1991 um 5,5 Prozent auf 701.052.<sup>60</sup> Im Gegensatz zur Erhöhung der Anzahl der Arbeitsstätten und der unselbständig Beschäftigten in den achtziger Jahren beschleunigte sich die Schrumpfung des sachgüterproduzierenden Sektors sogar noch. Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und der Industrie ging von 1981 bis 1991 um 50.932 oder 28,0 Prozent auf 130.858 zurück, nachdem sie in den siebziger Jahren um 19,4 Prozent geschrumpft war. Die Betriebsstättenzahl nahm etwas weniger ab; um 26,6 Prozent auf 8.081. Das heißt, kleine und mittlere Unternehmen wiesen in der Sachgütererzeugung in den achtziger Jahren in Wien ein etwas höheres Beharrungsvermögen auf als Großbetriebe - nicht zuletzt, weil die Randwanderung größerer Betriebe über die Stadtgrenzen hinaus im Rahmen der Stadttagglomeration anhielt.

Besonders stark wirkte der Verdrängungsdruck in der City, wo die Zahl der in den sachgüterproduzierenden Wirtschaftsabteilungen unselbständig Beschäftigten von 1981 bis 1991 um 62,0 Prozent auf nur noch 3.249 Personen zurückging. Hier schrumpfte auch die Gesamtanzahl der Arbeitsstätten, weil offenbar der Verdrängungsdruck auf den sekundären Sektor stärker war als die Zuwächse im Dienstleistungssektor, der in der Inneren Stadt an die Grenzen seiner Expansionsmöglichkeiten gestoßen war.

Auch in den ehemaligen Gewerbevorstädten Margareten, Mariahilf und Neubau erreichte der Rückgang der sachgüterproduzierenden Betriebe zwischen 1981 und 1991 ein bisher noch nicht gekanntes Ausmaß. Hier schrumpfte die Anzahl der im verarbeitenden Gewerbe und der Industrie unselbständig Beschäftigten um rund die Hälfte (von 17.068 auf 8.753), und die Anzahl der einschlägigen Arbeitsstätten ging um ein Drittel auf 1.593 zurück. Auch in Rudolfsheim-Fünfhaus, Ottakring und Hernals beschleunigte sich der Verdrängungsprozess der Sachgüterproduktion wieder. Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe und der Industrie reduzierte sich um 31,9 Prozent auf 12.543, und die Betriebsstätten nahmen um 37,0 Prozent auf einen Stand von 1.443 ab. Einzig die traditionellen Stadterweiterungsbezirke mit ihren großzügigen Industrieansiedlungsgebieten konnten die Zahl der unselbständig Beschäftigten in der Sachgüterproduktion wenigstens stabil halten (Donaustadt, Liesing) oder sogar steigern (Floridsdorf: Zunahme um 23 Prozent auf 17.233 Personen). Weiterhin wirkte Wien als Wachstumskern über die Stadtgrenzen hinaus. Die Sachgüterproduktion entwickelte sich (u.a. auch aufgrund von Phänomenen der

---

<sup>58</sup> Volkszählungen 1981 und 1991: Beschäftigte am Arbeitsort.

<sup>59</sup> Volkszählungen 1981 und 1991: Beschäftigte am Arbeitsort.

<sup>60</sup> Arbeitsstättenzählung in Wien vom 15. Mai 1991, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1995.

Standortwanderung) im Umland recht dynamisch. Zum Beispiel war in Wien-Umgebung von 1983 bis 1992 ein durchschnittlicher jährlicher wertmäßiger Zuwachs von 11,0 Prozent, in Mödling von 6,3 Prozent zu verzeichnen. Auch die Bezirke Tulln und Korneuburg erfreuten sich einer dynamischen Wachstumsentwicklung.<sup>61</sup>

Dass insgesamt in den achtziger Jahren trotz massiver Beschäftigungseinbußen im sekundären Sektor ein Zuwachs an Arbeitsplätzen zu verzeichnen war, war vor allem auf die Expansion der zwei Wirtschaftsabteilungen „Geld- und Kreditwesen, Privatversicherungen, Wirtschaftsdienste“ und „Persönliche, soziale und öffentliche Dienste“ zurückzuführen. Im Bereich Geld- und Kreditwesen sowie in den Privatversicherungen und Wirtschaftsdiensten erhöhte sich die Anzahl der unselbständig Beschäftigten von 1981 bis 1991 um 56,9 Prozent und überschritt mit 104.879 die Hunderttausender-Marke, ausschlaggebend für diese Expansion dürfte das Wachstum der Wirtschaftsdienste gewesen sein. Die Anzahl der Arbeitsstätten nahm sogar um 73,1 Prozent auf 12.925 zu, wobei sich neuerlich insbesondere die Zahl der Geschäftsstellen der Wirtschaftsdienste deutlich erhöht hatte. Die Innere Stadt, das traditionelle Dienstleistungszentrum Wiens, konnte diese Expansion hingegen nicht mehr in vollem Umfang mitvollziehen - hier waren offenbar bereits die Kapazitätsgrenzen erreicht. Viele Unternehmen lagerten ihre personalintensiven Zentralen aus, sodass die Anzahl der unselbständig Beschäftigten in den genannten Wirtschaftsabteilungen in der City nur um 16,5 Prozent auf 31.774 anstieg, während sich die Zahl der Arbeitsstätten immerhin um 47,8 Prozent auf 1.927 erhöhte. Die höchsten absoluten Zuwächse waren, wie im Jahrzehnt zuvor, auf dem Alsergrund zu verzeichnen, mit einer Erhöhung der Zahl der einschlägig unselbständig Beschäftigten um 6.064 (+111,3 Prozent) auf 11.512.<sup>62</sup> Auch die anderen city-nahen Bezirke konnten vom Abwanderungsdruck aus der Inneren Stadt profitieren. Die äußeren Bezirke verzeichneten infolge einer besseren Versorgung mit Geschäftsstellen der Wirtschaftsdienste, teils auch der Versicherungsunternehmen und Bankfilialen ebenfalls enorme relative Zuwächse. Die Anzahl der unselbständig Beschäftigten dieser Wirtschaftsabteilung überschritt aber mit Ausnahme Favoritens (4.256 Personen) in keinem Außenbezirk den Wert 3.000.

Im Bereich der persönlichen, sozialen und öffentlichen Dienste herrschte vor allem in den achtziger Jahren eine relativ großzügige Einstellungspolitik vor. Während sich die Zahl der unselbständig Beschäftigten in diesen Tätigkeitsfeldern von 1973 bis 1981 gemäß den Arbeitsstättenzählungen nur geringfügig erhöht hatte (+1,1 Prozent), stieg sie von 1981 bis 1991 um 20,2 Prozent auf 202.282 an. Auch hier waren kaum noch Zuwächse in der City zu verzeichnen, dafür wuchsen die Beschäftigtenzahlen in der Leopoldstadt (Zunahme um 62,0 Prozent auf 9.855), in der Landstraße (Zunahme um 37,3 Prozent auf 19.337) und auf dem Alsergrund (Zuwachs um 23,0 Prozent auf 21.208) kräftig an. Bemerkenswert sind auch die Zuwachsraten in Floridsdorf und Donaustadt von jeweils mehr als achtzig Prozent. Hier wirkte sich die gezielte Verlagerung von öffentlichen Verwaltungs- und Serviceeinrichtungen aus; die Aufwertung der Stadtrandbezirke gehörte bereits seit den späten siebziger Jahren zu den zentralen Anliegen der Stadtplanung und begann langsam Früchte zu tragen. Zum Beispiel entstand in Donaustadt das neue Donaospital (Sozialmedizinisches Zentrum Ost oder SMZ Ost), das auch hinsichtlich seiner Architektur im Vergleich zur erdrückenden Monumentalität und Gigantomanie des Neuen AKHs zugleich auf einen Lernprozess verweist.

Die Stadtplaner und Wirtschaftspolitiker mussten sich in den achtziger und neunziger Jahren - teils zögerlich und unwillig, teils selbst als Träger des Wandels der politischen Kultur - auf

---

<sup>61</sup> Mayerhofer/Palme, Wirtschaftsstandort Wien, 70.

<sup>62</sup> Ein Teil dieser Zuwächse verdankte sich der Überbauung des Franz Josefs-Bahnhofs und der Errichtung eines technischen Zentrums der Creditanstalt auf diesem Gelände.

geänderte Formen der Partizipation und der Politikstile einstellen. Wiederum auftretende Arbeitsmarktprobleme, ein zunehmendes Ökologiebewußtsein und neue Formen direkter Bürgermitsprache gingen einher mit einem Schwinden des Wachstums- und Fortschrittsoptimismus der sechziger Jahre, mit zunehmender Skepsis hinsichtlich der Planbarkeit gesellschaftlicher - somit auch städtischer - Entwicklungen und mit der Erosion des bis dahin bestehenden Systems fixer Bindungen der Bürgerinnen und Bürger an etablierte Parteien. Die Skepsis gegenüber den städtischen Instanzen wurde seit den siebziger Jahren auch durch verschiedene Skandale geschürt, und diverse Bürgerinitiativen entstanden. Zum Beispiel war bereits 1976 bekannt geworden, dass der Bauring durch verfehlte Projekte in Arabien 1,4 Milliarden Schilling „in den Wüstensand“ gesetzt hatte, 1978 wurden akute Finanzschwierigkeiten der WIBEBA bekannt, 1980 Mißstände beim Bau des Radstadions im Prater, und ab Mai 1981 platzte der AKH Skandal mit der Verhaftung des Planungsdirektors Adolf Winter. Weiters wurden Kostenüberschreitungen beim Bau des Horr-Stadions auf die Stadt überwältigt, und auch mit der Müllverbrennungsanlage am Rautenweg („Rinter-Zelt“) traten gravierende Probleme auf. 1978 bildete sich eine „Notgemeinschaft“ gegen den Durchzugsverkehr in der City, 1979 ein Prominentenkomitee gegen die projektierte Schnellstraße Flötzersteig in Hochlage, und 1981 fiel eine Volksbefragung über die Verbauung der Steinhofgründe nicht im Sinne der städtischen Planer aus.<sup>63</sup> In einem Ton, der beinahe eine Entschuldigung dafür ausdrückte, dass überhaupt noch Stadtplanung betrieben wurde, stellte man um 1980 neue Ansätze der Öffentlichkeit vor. Zum Beispiel warb Walter Skopalik in der dem Rathaus nahestehenden Zeitschrift „der aufbau“ 1982 dafür, dass auch „in Zeiten wie diesen“ Stadtplanung notwendig sei, obwohl man in „unsicheren Zeiten“ lebe und „von Irrtümern überrascht“ werden könne, weswegen die Planung immer wieder „angepasst werden“ müsse, - dies vor dem Hintergrund wenig erfreulicher Tendenzen wie einer stagnativen Wirtschaftsentwicklung, abnehmender Bevölkerung, steigender Energiepreisen und einem gebrochenen Fortschrittsglauben der Menschen.<sup>64</sup>

Bald trat die Stadtverwaltung jedoch wieder selbstbewusster auf, durchaus im Bewusstsein, sich den neuen Rahmenbedingungen angepasst zu haben. Man lernte „neue Planungsinstrumente und eine neue Form der Planungskultur zu entwickeln“. Es sollten nun eine „generelle ‚Offenheit der Planung‘ gegenüber gesellschaftlichen und sozialen Anliegen, neue Organisationsformen zur Förderung der Kommunikation in Planungsprozessen, neue Managementinstrumente zur Qualitätssicherung im Städtebau sowie die rechtzeitige und umfassende Information und Einbeziehung der Beteiligten und Betroffenen“ die Planung bestimmen. Die Weiterentwicklung „kooperativer und interdisziplinärer Arbeitsformen“ galt nun als erstrebenswert. Neue inhaltliche Ausrichtungen, wie eine frauen- bzw. behindertengerechte oder eine ökologische Stadtentwicklung, wurden aufgegriffen.<sup>65</sup>

Zuweilen gerieten jedoch die Planer durch die ausgeweiteten plebiszitären Elemente in unerwartete Situationen. Zum Beispiel bedeutete die Ablehnung der für 1995 vorgesehenen Weltausstellung in Wien, der Expo, bei einer Volksbefragung im Jahr 1991 das Aus für dieses zentrale Leitprojekt für die Entwicklung Wiens. Auch die Politik hatte sich neuen, überregionalen Rahmenbedingungen zu stellen. Angesichts der global instabilen Wachstumsmuster seit den siebziger Jahren, der fortschreitenden Liberalisierung der Weltmärkte und der Kapitalbewegungen, der Integration Österreichs in die Europäische Union und des politischen Systemwandels in den Ländern Ostmitteleuropas erwiesen sich etablierte Muster der

---

<sup>63</sup> Mattl, Die lauen Jahre, 85 ff.

<sup>64</sup> Walter Skopalik, Stadtentwicklungsplanung - auch in Zeiten wie diesen, in: der aufbau, 2/3 1982, 45.

<sup>65</sup> Georg Kotyza, Stadtentwicklungsplan 1994 - Kurzfassung, in: Perspektiven 10 1994.

(Wirtschafts-)Politik als immer weniger adäquat. Man musste sich einem grundlegenden Wandel des regulatorischen Umfeldes anpassen.

Dazu gehörten auch vermehrte Anstrengungen, eine Koordination der Regionalentwicklung mit dem Wiener Umland zuwege zu bringen. Die Dichte der Stadtagglomeration über die Landesgrenzen Wiens hinaus nahm weiter zu, und die europaweite Standortkonkurrenz verschärfte sich. Daher musste man trachten, die „Kirchturmpolitik“ der beteiligten Gemeinden und Länder zu überwinden, um zu gemeinsamen Entwicklungsanstrengungen zu gelangen. Unkoordinierte Regionalplanung und konkurrierende Wirtschaftsförderung sollten von einem gemeinsamen Vorgehen abgelöst werden.

Aufgrund der geltenden gesetzlichen Bestimmungen (Finanzausgleich, Landes- und Gemeindegrenzen, Regionalabgaben von Unternehmen) befinden sich die Akteure jedoch in einer Situation, die man in der Spieltheorie als „prisoner's dilemma“ bezeichnet. Wenn sich die Akteure rational im Sinne der Nutzenoptimierung für die von ihnen vertretene Einheit (jeweilige Gemeinde, jeweiliges Land) verhalten wollen, so sind sie durch die gültigen Spielregeln gezwungen, nicht gemäß dem optimalen Nutzen für die Gesamtagglomeration zu agieren, in der sie sich befinden.<sup>66</sup> So kann zum Beispiel für eine Umlandgemeinde, wenn sie die Errichtung einer für das Gesamtsystem notwendigen Straße oder Eisenbahnlinie auf eigenem Gemeindegebiet verhindert, möglicherweise der abgewendete Nachteil (weniger Verkehrsbelastung) den für die Gemeinde resultierenden Schaden durch ein insgesamt schlechter funktionierendes Verkehrsnetz überwiegen, obwohl für die Gesamtagglomeration der Nutzen des Projektes die negativen Folgen bei weitem übertreffen würde. Genauso kann es für eine Gemeinde nutzbringend sein, mit hohem Mitteleinsatz einen Betrieb anzuwerben, für den in der Struktur der gesamten Agglomeration anderweitig verträglichere und kostengünstigere Standorte vorhanden wären, weil bei einer Ansiedlung andernorts die regionalen Abgaben und die eventuell induzierte Bevölkerungszuwanderung (Finanzausgleich) einer anderen Gemeinde zugute kämen.

Um dieses Dilemma wenigstens ansatzweise zu überwinden, riefen im Jahr 1978 die Länder Burgenland, Niederösterreich und Wien die Planungsgemeinschaft Ost (PGO) ins Leben, die Wiener Stadtplanung versucht seither, die Entwicklung der gesamten Agglomeration mit zu berücksichtigen. Die Erfolge der grenzüberschreitenden Kooperation sind jedoch noch recht verhalten zu bilanzieren: „Obwohl es in der Koordination von Grundlagenarbeiten und projektorientierten Planungen Erfolge in der Zusammenarbeit gab, erweist sich allgemein die ländergrenzenübergreifende Arbeit als schwierig.“<sup>67</sup>

Zentrale Dokumente der Stadtplanung, in die die Erfahrungen der siebziger und achtziger Jahre einfließen, waren der Stadtentwicklungsplan 1984 (STEP 84) und der Stadtentwicklungsplan 1994 (STEP 94). Mit dem STEP 84 legte man erstmals seit 1961 wieder ein räumliches Leitbild für die Wiener Stadtentwicklung vor. Die Planung beruhte auf den in den siebziger Jahren entwickelten Grundlagen, wie dem Konzept der achsialen Entwicklung Wiens mit Grünkeilen dazwischen und einer polyzentrischen Gesamtstruktur. Im Gegensatz zu den Planungen aus den fünfziger und sechziger Jahren betonte man nunmehr, dass eine enge Verflechtung der städtischen Nutzungen im dicht bebauten Gebiet erhalten und auch außerhalb der

---

<sup>66</sup> Peter Mayerhofer/Gerhard Palme, Regionales Wirtschaftskonzept für die Agglomeration Wien (Wien und Umland), (Österreichische Raumordnungskonferenz (ÖROK), Schriftenreihe, Nr. 118), Wien 1994, 97.

<sup>67</sup> Kotyza, Stadtentwicklungsplan 94, 15.

dichtbebauten Gebiete eine dichte, eng verflochtene Nutzungsstruktur angestrebt werden sollte.<sup>68</sup>

Im STEP 94 wurde im Wesentlichen die Planungsphilosophie des STEP 84 beibehalten. Gewisse Zäsuren ergeben sich vor allem daraus, dass man 1984 noch von einer Stagnation oder Schrumpfung der Stadtbevölkerung ausgegangen war, während der STEP 94 in der Phase des unerwarteten neuen Stadtwachstums entstand. In beiden Planungen hatte die Stadtentwicklung im dichtbebauten Gebiet einen hohen Stellenwert. Der Schwerpunkt wurde dabei auf die "sanfte Stadterneuerung" gelegt. Angesichts der wiederum wachsenden Bevölkerungszahl wurde im STEP 94 die "innere Stadterweiterung" (Nutzung von innerstädtischen Baulücken und brachliegenden, ehemaligen Industriestandorten für den Wohnbau) forciert. Gleichzeitig betonte man nunmehr aber wiederum die „äußere Stadterweiterung“, die Erschließung neuen Baulands gemäß der Achsenkonzeption für den Wohn- und Betriebsbau.<sup>69</sup> Mitte der neunziger Jahre mussten die Planer jedoch einen Rückgang des Stadtwachstums zur Kenntnis nehmen und darauf reagieren. Einige Erweiterungsvorhaben, etwa das ambitionöse Projekt „Marchegger Ast“, mussten vorläufig zurückgestellt werden.

Die Wiener Wirtschaft stand seit den achtziger Jahren vor der Herausforderung, ihre traditionelle Binnenmarktorientierung zu überwinden und sich im anspruchsvollen Marktsegment verstärkt der internationalen Konkurrenz zu stellen.<sup>70</sup> Der Umbruch in Osteuropa eröffnete erfreuliche Perspektiven, zugleich trat jedoch zutage, dass Wien „mental und infrastrukturell nicht darauf vorbereitet war“<sup>71</sup>. Erste Wellen von Einkaufstouristen aus Ostmitteleuropa erregten den Unmut der Wiener und Wienerinnen, und bald wurde die Freude über die Veränderungen und die neuen ökonomischen Chancen von einer Ablehnung der „Fremden“ und Ängsten vor der neuen Konkurrenz überdeckt. Vor allem die für das nächste Jahrzehnt projektierte Osterweiterung der EU hat die Befürchtungen der Wiener Bevölkerung vor verstärkter Zuwanderung, Lohndumping, etc. verstärkt. Die Politik auf Bundes- und Landesebene versucht sich „durchzulavieren“: Maßnahmen zur Restriktion der Folgen der „Ostöffnung“ (vor allem gegen Zuwanderung) stehen strategische Zielsetzungen gegenüber, denen zufolge Wien zu einem „überregionalen Transaktionszentrum“<sup>72</sup> in Mitteleuropa werden soll, angeblich auf der Grundlage traditioneller Nähe zu den Bürgerinnen und Bürgern in den Reformstaaten.

Die Wirtschaftsförderung musste nach der „Förderungsexplosion“ in den siebziger Jahren ab den Achtzigern restrukturiert werden. Auf Bundesebene trachtete man ab 1985, das Förderungssystem effizienter und billiger zu gestalten, wobei die Erfolge dieser Bemühungen bis heute recht zwiespältig beurteilt werden.<sup>73</sup> In Wien zentralisierte man das

---

<sup>68</sup> Arbeitskreis Stadtentwicklungsplan, in: der aufbau, 2/3 1982, 53.

<sup>69</sup> Kotyza, Stadtentwicklungsplan 94, 27f.

<sup>70</sup> Karl Aiginger, Von der Mitte aus, auf dem Weg nach vorne. Österreichs Wirtschaft in den 1980er und 1990er Jahren, in: Österreich 1945-1995, hg. von Reinhard Sieder/Heinz Steiner, Emmerich Tálos, Wien 1995, 268ff.

<sup>71</sup> Renate Banik-Schweitzer, Wien, wie es wurde – Die Entwicklung einer Stadt, in: Wien wirklich. Der Stadtführer, hg. von Renate Banik-Schweitzer, Wien 1996, 28.

<sup>72</sup> Kotyza, Stadtentwicklungsplan 94, 47.

<sup>73</sup> Vgl.: Karl Aiginger, Plädoyer für eine industriepolitische Vision, in: Die Presse, 17.10.1988; Andreas Resch, BÜRGEN Förderungsbank. 40 Jahre Förderung österreichischer Klein- und Mittelbetriebe (Schriftenreihe der Österreichischen Gesellschaft für Unternehmensgeschichte, Band 1), Wien 1996, 26ff; Erich W. Streissler/Werner Neudeck, Wachstums- und Umweltpolitik, in: Grundzüge der Wirtschaftspolitik in Österreich, hg. von Ewald Nowotny/Georg Winckler, Wien 1994, 192ff; Peter Szopo, Direkte Wirtschaftsförderung in Österreich. Reformimpulse durch Budgetkonsolidierung und EG-Integration

Förderungsangebot; eine breite Palette von seit 1969 sukzessive ausgebauten Förderungsmaßnahmen wurde im 1982 gegründeten Wiener Wirtschaftsförderungsfonds zusammengefasst.<sup>74</sup> Eine der wesentlichsten Aufgaben des Fonds war es, der Wiener Wirtschaft erschlossene, baureife Betriebsgründe zur Verfügung zu stellen. Bereits in den ersten drei Jahren seines Bestehens betreute der Fonds 81 Betriebsansiedlungen, darunter 18 Neuansiedlungen, 14 Betriebserweiterungen und 49 Verlagerungen innerhalb des Wiener Stadtgebietes.<sup>75</sup> In den neunziger Jahren trachtete man – im Einklang mit dem EWR bzw. EU-Recht - einen Übergang vom „Gießkannenprinzip“ und von strukturkonservierenden Beihilfen zu einer Förderungspraxis, die insbesondere Anreize für innovative Investitionen bieten soll, einzuleiten. So weisen etwa die neugegründeten Aktionen zur Förderung von Innovationen und Technologie sowie von Qualitätssicherungs- und Produktfindung definitionsgemäß eine deutliche innovationspolitische Zielsetzung auf.<sup>76</sup> In den Jahren 1993 bis 1997 erfolgten 217 Betriebsansiedlungen, 78 im Bereich des produzierenden Gewerbes, 139 im Bereich von Handel und Dienstleistungen, durch den Wirtschaftsförderungsfonds, wodurch über 10.700 Arbeitsplätze geschaffen werden konnten.<sup>77</sup>

In der Wohnungswirtschaft spiegelten sich die wechselnden Bevölkerungsprognosen wider. In den achtziger Jahren konzentrierte sich die Wohnbaupolitik auf die Revitalisierung ganzer Stadtviertel und die Modernisierung von Altbauwohnungen und vernachlässigte den Wohnungsneubau. Der geförderte Wohnbau in Wien erreichte 1988 einen Tiefststand mit nur noch rund 3.000 neuerrichteten Einheiten. Angesichts des neu einsetzenden Bevölkerungswachstums wurde die Neubautätigkeit um 1990 wieder erheblich erhöht. Die heutige Stadtplanung muss sich sehr rasch auf wechselnde Szenarien und Prognosen einstellen. Gemäß dem STEP 94 setzte man wieder auf „innere“ und „äußere“ Stadterweiterung. 1994 und 1995 entstanden jeweils etwa 10.000 geförderte Neubauwohnungen, ab 1996 wurde die Bauleistung wieder etwas zurückgenommen. Eine Schlüsselfunktion kam im Rahmen der Stadterneuerungs- und Stadterweiterungsprojekte dem Stadterneuerungsfonds (WBSF) zu.

Im österreichischen Miet- und Förderungsrecht ist in den achtziger und neunziger Jahren die „Vermarktwirtschaftlichung“<sup>78</sup> des Wohnungswesens weiter vorangeschritten. Entscheidende Maßnahmen in diese Richtung waren zum Beispiel die weitgehende Freigabe des Mietzinses für neuvermietete Kategorie-A-Wohnungen<sup>79</sup> in den achtziger Jahren oder die Einführung von Richtwertmietzinsen in den neunziger Jahren. Damit wurde es für Immobilienbesitzer ökonomisch attraktiver, den Standard ihres Wohnungsangebots zu verbessern, weil sie dadurch wesentlich höhere Mieten erzielen konnten. Insgesamt wurde somit bis zum Ende der achtziger Jahre das Ausstattungsniveau der großen Anzahl gründerzeitlicher Wohnungen in Wien bedeutend angehoben. Während 1951 nur 14 Prozent der Wiener Wohnungen mit einem Bad ausgestattet waren, erhöhte sich dieser Anteil bis 1991 auf 81 Prozent. Der Anteil der

---

(Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen), Wien 1990.

<sup>74</sup> Robert Wolfgring, Der Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, in: *der aufbau*, 1 1983, 12ff.

<sup>75</sup> Robert Wolfgring, Drei Jahre Betriebsansiedlung durch den Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, in: *der aufbau*, 3 1985, 135ff.

<sup>76</sup> Peter Mayerhofer, Wirtschaftsförderung in Wien (Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien), Wien 1994; Lehner/Mayerhofer/Palme, Strukturanalyse des Wiener Budgets, 61 ff.

<sup>77</sup> Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1997, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1997, Tab. 7.11, 153.

<sup>78</sup> Matznetter, Wohnbauträger.

<sup>79</sup> Wohnungen mit automatischer Heizung, Badezimmer und WC im Wohnungsverband.

Wohnungen ohne Wasserentnahme ist von 54,5 auf 3,7 Prozent zurückgegangen. Für einigermaßen zahlungskräftige Nachfrager hat sich in den vergangenen Jahren das Wohnungsangebot verbessert. Hingegen ist das ehemalige Billig-Segment schlecht ausgestatteter Wohnungen ("Kategorie D") weitgehend vom Markt verschwunden, wodurch sich unter zahlungsschwachen Sozialgruppen, den Trägern der „neuen Armut“, seit den achtziger Jahren eine „neue Wohnungsnot“<sup>80</sup> verbreitet hat. Diese Entwicklung spiegelt sich beispielsweise in der Zahl der nächtigenden Personen in den städtischen Asylern wider, die von etwa 1.000 im Jahr 1980 auf rund 2.000 Mitte der neunziger Jahre angestiegen ist.<sup>81</sup>

Der Ausbau der technischen Infrastruktur hatte in den achtziger und neunziger Jahren weiterhin einen hohen Stellenwert. 1980 und 1994 wurden neue Verkehrskonzepte für Wien erstellt. 1985 wurde der Verkehrsverbund Ostregion ins Leben gerufen. Auch im Bereich der Verkehrsplanung waren in den neunziger Jahren Anpassungen an das neue Wachstum und an Szenarien erheblich zunehmenden Pendler- und Transitverkehrs erforderlich. Die Stadtplaner legten programmatisch fest, trotz dieser Herausforderungen eine Reduktion der Schadstoffemission und Lärmbelastungen, eine Erhöhung der Verkehrssicherheit und eine Rückgewinnung von öffentlichen Räumen erreichen zu wollen. Die Umsetzung dieser Ziele gelang jedoch nur teilweise. Der U-Bahn-Ausbau wurde konsequent fortgesetzt.

Nicht zuletzt infolge des U-Bahn-Baus trat eine deutliche Trendwende in der Entwicklung der Fahrgastzahlen der Wiener Verkehrsbetriebe ein. Sie stiegen nach der stagnativen Periode in den siebziger Jahren von 443 Millionen (1980) um die Hälfte auf 669 Millionen im Jahr 1994 an.<sup>82</sup> Die seit den achtziger Jahren durchgeführten „Beschleunigungsprogramme“ für Busse und Straßenbahnen erbrachten hingegen vielfach nicht die gewünschte Wirkung, da die dafür notwendigen Einschränkungen des Autoverkehrs nicht durchgesetzt wurden. Die Maßnahmen beschränkten sich oft eher darauf, einen einigermaßen regelmäßigen Fahrbetrieb überhaupt aufrecht erhalten zu können.<sup>83</sup> Die ÖBB nahmen im Jahr 1987 auf der Schnellbahnstrecke Heiligenstadt-Hütteldorf (Trasse der ehemaligen Vorortelinie) den Fahrbetrieb auf, und die Kapazitäten für überregionale Transportleistungen konnten durch den 1984 eröffneten Zentralverschiebebahnhof in Kledering ausgeweitet werden. Die lange diskutierten Pläne einer grundlegenden Restrukturierung des auf mehrere Kopfbahnhöfe ausgerichteten und daher schlecht miteinander verbundenen Eisenbahnverkehrs in Wien mussten wegen technischer, räumlicher und finanzieller Hindernisse aufgegeben werden. Begonnen haben die Arbeiten an einem Tunnel auf dem Areal des Lainzer Tiergartens. Viel Arbeit verbleibt weiterhin für eine Verbesserung der Verkehrseinbindung mit Österreichs Nachbarn, der Tschechischen und der Slowakischen Republik sowie Ungarn. Im Bereich des Schnellbahnnetzes stehen als vordringliche Projekte noch der Ausbau der S80 und eine attraktivere Gestaltung der S7 (Flughafenschnellbahn) auf dem Programm.

Das hochrangige Straßennetz wurde nach und nach - überwiegend den aus den sechziger und siebziger Jahren stammenden Planungen folgend - vervollständigt, allerdings deutlich langsamer als vorgesehen.<sup>84</sup> Ab 1982 standen die Brigittenauer Brücke (böse Zungen behaupten, sie führe von Floridsdorf kommend ins Nichts, weil die entsprechenden Anschlüsse in der Brigittenau fehlen) und die Außenringautobahn Vösendorf-Steinhäusl dem Verkehr zur

---

<sup>80</sup> Banik-Schweitzer, Wien, wie es wurde, 28.

<sup>81</sup> Vgl.: Statistische Jahrbücher der Stadt Wien, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien, div. Jg.

<sup>82</sup> Statistisches Jahrbuch der Stadt Wien 1996, hg. vom Magistrat der Stadt Wien, Wien 1996, 216.

<sup>83</sup> Renate Banik-Schweitzer/Leopold Redl/Peter Wünschmann, Das lange Warten auf die kurze Reise.

Der öffentliche Verkehr, in: Wien wirklich. Der Stadtführer, hg. von Renate Banik-Schweitzer, Wien 1996, 67; Arnold Klotz, Ein neues Verkehrskonzept für Wien, in: Perspektiven, 8/1994, 3ff.

<sup>84</sup> Klotz, Ein neues Verkehrskonzept für Wien, 6.

Verfügung, 1983 wurde die Ostautobahn (Südosttangente-Flughafen Schwechat) eröffnet, und bis 1989 wurde die Donauuferautobahn fertiggestellt. In den neunziger Jahren folgten u. a. noch der Ausbau der äußeren Triester Straße, der Südosttangente ab Kaisermühlen, der Wiener Nordrandstraße sowie die Verbreiterung der A23 im Bereich des Praters. Als erforderlich erscheinen eine weitere, sechste Donauquerung sowie zusätzliche Umfahrungen im Südosten und Nordosten. All diese Baumaßnahmen bedürfen intensiver Kooperation zwischen Wien, dem Land Niederösterreich, den betroffenen Wiener Bezirken, niederösterreichischen Gemeinden und dem Bund. Die Verkehrsplaner stehen heute vor einem weiteren Dilemma, verlangt der Verkehrskollaps auf einigen Straßen nach weiteren Straßenbauten, so weiß man heute, dass neue Straßen noch mehr Verkehr anziehen, nicht anders ist es mit dem Problem der Parkplätze.

Obwohl die Angebote des öffentlichen Nahverkehrs wiederum intensiver genutzt wurden, hat sich der Zuwachs des Autoverkehrs unvermindert fortgesetzt. Zusätzliche Maßnahmen zur Begrenzung der negativen Effekte dieser Entwicklung konnten nur in Ansätzen, zum Teil gegen großen Widerstand, umgesetzt werden. Man versuchte, wo möglich, die Verkehrsarten zu trennen. In diesem Zusammenhang sind die bereits erwähnten Beschleunigungsmaßnahmen für den öffentlichen Verkehr zu nennen, die häufig auf die Schaffung eigener Fahrspuren für Bus oder Straßenbahn abzielten. Zur Verkehrsberuhigung wurden Schwellen und sogenannte „Ohrwascheln“ errichtet. Weiters erfolgte seit 1984 der Bau eines umfangreichen Radwegnetzes. In der Praxis mussten bei diesen Maßnahmen jedoch häufig für alle Beteiligte unbefriedigende Kompromisslösungen realisiert werden. 1987 schuf man die verkehrsberuhigte Zone Brigittaplatz, und ab 1989 begann die Stadt mit der Errichtung von Tempo-30-Zonen in Wohngebieten. 1992 wurde die erste Park & Ride Anlage Wiens eröffnet (Erdberg), der eine Reihe weiterer Parkhäuser folgte. Wie bei einer weiteren Neuerung, dem Car sharing, dürfte es noch einige Zeit dauern, bis diese Maßnahmen auf entsprechende Nachfrage stoßen und von der Wiener Bevölkerung oder Besuchern der Stadt wahrgenommen und genutzt werden. Der verheerenden Parkplatzsituation insbesondere in den Innenbezirken versucht man mit den Mitteln der Parkraumbewirtschaftung, der Einführung des sogenannten „Parkpickerls“, entgegenzuwirken.

Die Konzeptionen der Ver- und Entsorgungseinrichtungen für die Stadt versuchte man dem rezenten Entwicklungsstand anzupassen. So ist im STEP 94 nicht mehr von Müllabfuhr sondern von „Abfallwirtschaft“ die Rede. Der Schwerpunkt der Aufgabenstellung verschob sich von der Entsorgung zur Kreislaufwirtschaft mit getrennter Sammlung und nachfolgender Verwertung. Darunter fällt auch die „thermische Verwertung“, das heißt, dass die Abwärme von Müllverbrennungsanlagen nicht einfach verpufft, sondern einer Nutzung zugeführt wird. In diesem Sinne wurde die in den sechziger Jahren errichtete Müllverbrennungsanlage Flötzersteig modernisiert und 1984 von der Stadt Wien an die Fernwärme GmbH übertragen. Die 1971 fertiggestellte Müllverbrennungsanlage Spittelau (mit angeschlossenem Fernheizwerk) ging bereits 1969 in den Besitz der Heizbetriebe Wien GmbH über. Nach einem Brand am 14./15. Mai 1987 wurde sie grundlegend saniert und seither ihre technische Ausstattung weiter verbessert. Anfang der neunziger Jahre erfolgte in umstrittener Weise die Neugestaltung ihres äußeren Erscheinungsbildes durch Friedensreich Hundertwasser. 1978 bis 1980 entstanden – insbesondere zur Beseitigung von Klärschlamm - die Entsorgungsbetriebe Simmering (EbS). Schlackenrückstände aus der Müllverbrennung sowie nichtbrennbare Bestandteile werden auf der Deponie Rautenweg gelagert. Bereits seit den fünfziger Jahren laufen auch Versuche, Teile des Mülls zu verkompostieren. Als Nachfolgeeinrichtung für die bis 1981 bestehende

„Biomüllanlage“ entstand in den achtziger Jahren das „Rinterzelt“, das sich jedoch als weitgehender Fehlschlag erwies.<sup>85</sup>

Die Abwärmenutzung wurde auch bei den thermischen Kraftwerken weiter ausgebaut. Zum Beispiel begann man 1980 mit der Fernwärmelieferung aus dem Simmeringer Kraftwerk in das Fernwärmenetz. 1992 wurde in Simmering der neue Kraftwerksblock III fertiggestellt. Zur Verbesserung der Stromversorgung wurde das Leitungsnetz weiter ausgebaut. Um sich an der Nutzung der Energie des Donaustroms zu beteiligen, schloss die Wiener Elektrizitätswirtschaft im Jahr 1982 eine Vereinbarung mit der Verbundgesellschaft, betreffend eine Beteiligung an künftigen Donaukraftwerken. In den folgenden Jahren setzten Umweltaktivistinnen und -aktivisten durch, dass das Kraftwerk Hainburg in Niederösterreich nicht errichtet wurde. Seit 1992 wurde jedoch am - ebenfalls nicht unumstrittenen - Wiener Donaukraftwerk Freudenu gebaut, das ab Oktober 1997 sukzessive in Betrieb ging. Bereits 1990 wurde die Donauinsel mit zwei Donauarmen fertiggestellt, die neben ihrer Funktion als Hochwasserschutz schon seit den achtziger Jahren auch der Nutzung als Freizeitareal dient. Die umfangreichen Baggerarbeiten dauerten bis in das Jahr 1987, erste Teile der Donauinsel konnten ab 1981 benützt werden, die Widmung als „Erholungsgebiet“ erfolgte 1983. Weitere Erholungs- beziehungsweise Landschaftsschutzgebiete entstanden am Wienerberg sowie in Liesing, Döbling und im Prater. Spektakuläre (Zukunfts-)Projekte zielen auf die Verschönerung der Ufer des Donaukanals bzw. den Rückbau des zubetonierten Wienflusses zu einem Natur- und Freizeitareal.

---

<sup>85</sup> Vgl.: Brigitte Rigele, Müllabfuhr, in: Historisches Lexikon Wien, Band 4, hg. von Felix Czeike, Wien 1995, 312ff; Gerhard Vogel, Wiens Strategien in der Abfallwirtschaft, in: Perspektiven, 6/7 1994, 44ff; Perspektiven, 1 1995.